

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Er erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 16. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Chamberlain und Bismarck.

Die Enttäuschungspolke wider Jos Chamberlain nimmt ihren Fortgang. Alldentsche, die mit dem Blausaft auf Landkarten Geschichte machen, Kriegervereiner, die anher Socialistenandrötung und Kaisergeburtstags-Trinkereien auch einmal etwas Großes leisten möchten, Studenten, denen der Schug der Freiheit der Wissenschaft längst sehr gleichgültig ist — all diese Sonntagstäger der Politik beweisen jetzt ihren Geldennut, indem sie dem englischen Herrn Jos Chamberlain unangenehme Dinge sagen, in der frohen Zuversicht, daß ein deutscher Staatsanwalt ja englische Minister und — Monarchen nicht gegen Verleumdungen zu schützen hat.

Als die deutsche Regierung den alten Krüger schmählich von der Thüre wies, die für einen Cecil Rhodes sperrangelweit geöffnet war, als sie sich in nicht mehr zweifelhaften Neutralitätsverletzungen zu Gunsten der Engländer gefiel, da überließen es die jetzt so wild gewordenen Mannen wohlweislich der Sozialdemokratie, in der Presse und im Reichstag den schrillen Protest der Menschlichkeit zu erheben. Damals galt es eben mehr, als bloß straflos über einen englischen Minister zu schimpfen. Und so schwiegen die Kriegervereine und die Studenten, höchstens daß ein paar Alldentsche sich schwächlich auflehnten, wie es Herr Gasse im Reichstag armselig genug unternahm.

Und warum heute der tapfere Sturm?

Jos Chamberlain hat es gewagt, die simple Wahrheit auszusprechen, daß Kriege allesamt barbarisch geführt werden, und er hat deshalb die — vielleicht unbedeutende — Uebersetzung geäußert, daß die Engländer nicht grausamer und rücksichtsloser gegen die Boeren verfahren sind als z. B. die Deutschen im Kriege von 1870/71. Diese Verleumdung des heiligen Krieges durch den Engländer erregte den Horn der Alldentschen, Kriegervereiner und Studenten. Dieselben Leute, die zuerst beim Chinakreuzzug humane Kriegsführung forderten und verteidigten, um zuletzt, als die Sache gar zu elend ausging, diese erst inbrünstig ersehnten Hunnenhuten als socialdemokratische Erfindungen und Verleumdungen anzugeben — diese Spötter und Verächter jeglicher Humanitätsduselei, diese pangerichtigen Apolter der brutalesten Schandigkeit verurtheilen jetzt die läpplich-kecke Komödie der Menschheit, pharisaisch über die englischen Hölmer zu schelten, deren treue Vernehmlichkeit es wagt, sich mit den deutschen Helden der bluttriefenden Humanität auch nur zu vergleichen.

Dabei haben die Engländer doch den Boeren wenigstens Pardon gegeben und Gefangene gemacht, obwohl sie gefährlichste und an Wehrhaftigkeit überlegene Feinde sind, während die Alldentschen, Kriegervereiner, Studenten Germaniens es durchaus billigten, daß man in China die kriegsunfähigen Chinesen erbornungslos nieder machte. Sollte es da wirklich eine unverzeihliche Todsünde sein, zu behaupten, daß auch der Krieg von 1870 von den realpolitisch erzogenen Deutschen nicht eben mit Rosenwasser gemacht worden sei? Wir halten es einstweilen nicht für geboten, das blutige Gespenst des erfolgreichen Krieges heranzubeschwören und die grausigen Thatfachen reden zu lassen. Nicht einmal Wazelles Schauerwörter Brandstätte sei gedacht. Auch daran sei nur flüchtig erinnert, daß es die Deutschen 1870 ausdrücklich ablehnten, die vorgeschrittenen Anschauungen des Völkerrechts als bindend anzuerkennen. So wurden im deutsch-französischen Kriege die irregulären Truppen, denen die staatl. Autorisation fehlte, — entgegen der modernen, humaneren Auffassung — von den Deutschen nicht als Kombattanten erachtet und deswegen als Verbrecher, nicht als Soldaten behandelt.

Nur darauf seien heute die Heuchler hingewiesen, die immer behaupten, daß die Andren Barbaren seien, wenn sie es einmal für vorteilhaft halten, plötzlich für die Humanität zu schwärmen, daß niemand mit derberem Hohn und brutalerer Verachtung die Humanisierung des Krieges abgelehnt hat, wie der feierlichste Fetisch der Alldentschen, Kriegervereiner und Studenten — wie Herr v. Bismarck. Jos Chamberlain hat nicht so grausame Anschauungen in dieser Frage jemals geäußert wie Bismarck, der struppelose Mäcker und glückliche Ausbeuter des deutsch-französischen Krieges.

Wir verdanken dem Charakteristographen Bismarcks, seinem getreuen, feberfertigen „Bischofen“ eine Reihe von Aeußerungen, die hinreichend bekunden, wie sehr Herr Chamberlain nur ein Schüler des Blut- und Eisenlangens ist, sofern es überhaupt für einen Kriegspolitiker notwendig ist, noch einen andren Lehrer zu haben als die Barbarei des Krieges selbst.

Einmal — im November 1870 — lobt Bismarck die alten guten Kriegssitten der Boeren. Es gefällt ihm an ihnen, daß sie „mit dem Totschießen der Francitireurs rasch bei der Hand sind“. „Unsre Norddeutschen halten sich zu sehr an den Befehl. Wenn so ein Duschlepper — bemerkt er beispielsweise — auf einen holsteinischen Dragoner schießt, so steigt der erst vom Pferde und läuft mit seinem schweren Säbel dem Keil nach und schlägt ihn. Dann bringt er ihn seinem Vientenant, und der läßt ihn laufen, oder er ließt ihn ab, und dann ist's dasselbe, man läßt ihn auch laufen. Der Boer macht's anders, der weiß, daß Krieg ist, der hält noch auf alte gute Sitten. Er wartet nicht ab, bis auf ihn von hinten geschossen wird, sondern schießt zuerst.“

Welch ein abgründiger Humor!

Am 27. Dezember 1870 notiert Busch:

„Der Chef hat zu den kräftigsten Maßregeln gegen Roquet le Roi, wo ein Ueberfall durch Francitireurs von der Einwohnerlichkeit unterstützt worden ist, Anweisung erteilt; er hat ferner das Gefuch des Maire und der Municipalität von Chatillon am Erlaß der Million Franz abgewiesen, die man diesem Ort als Strafe auferlegt hat, weil dort Reichthümer vorgekommen ist. In diesem wie in jenem Fall hat ihn der Grundsatz geleitet, man müsse der Bevölkerung des Landes den Krieg läßlich machen, um sie dem Frieden geneigt zu stimmen.“

Am 10. Januar plaudert er über die Verlegenheit, in die Deutschland durch die vielen Gefangenen gebracht werde. Als er die Nachricht erhält, daß dreitausend Mann kapituliert hätten, seufzt er:

Wieder dreitausend! Wenn man sie doch in der Seine versäufen könnte — oder wenigstens den Kommandanten, mit Rücksicht darauf, daß er sein Ehrenwort gebrochen hat.“

Ein Spahvogel, dieser Bismarck!

Am 25. Januar entwickelt er folgende humane Meinung: Ich denke, wenn die Pariser erst Zufuhr an Lebensmitteln gekriegt haben und dann wieder auf halbe Rationen gesetzt werden und wieder hungern müssen, das wird wirken. Es ist wie mit der Prügelpauk. Wenn da etwas länger gehauen wird — hintereinander —, so macht das nicht viel aus. Aber wenn ausgefetzt wird und nach einer Weile angefangen, das ist unermüßlich.“

Einmal Tag darauf berichtet Arnim von neuen Gefangenen. Bismarck bemerkt mißvergüht:

Das ist nicht erfreulich. Wo sollen wir zuletzt hin damit? Warum machen sie so viele Gefangene? Jeder sollte sich kriegerischlich verantworten müssen, wenn er Gefangene gemacht hat.

Man braucht diese und ähnliche Aeußerungen nicht wörtlich zu nehmen — Busch will sich „nur“ auf die Francitireurs beziehen — und man weiß doch genug davon, wie Bismarck über die Humanisierung des Krieges dachte. Gewiß ist 1870 nicht völlig nach Bismarcks „humoristischem“ Rezepten verfahren worden, begegnete seine Brutalität doch innerhalb der leitenden Kreise manchem Widerstand. Jedenfalls aber hat ein in Bismarcks Geiste erzogener Deutscher das Recht verwirkt, über die Kriegsverbrechen anderer Völker und Personen zu plärren, zumal selbst ein Chamberlain nicht die Konsequenzen Bismarcks ziehen wüßte, der ja auch gegen den inneren Feind, die eignen Volksgenossen, die gleiche Kriegsführung befürwortete, der das Socialistengesetz verhängte und bis zu seinem Tode von einem Massengemetzel des durch Quälereien zum verzweifelten Aufstand getriebenen Proletariats gierig träumte.

Unsre Offizösen und selbst die Konservativen fühlen denn auch bereits die nur zu gefährlichen Erinnerungen Anlaß gebende Unräthlichkeit der Chamberlain-Proteste. Es ist nicht nur die in der Regierung herrschende todesmüde Englandsfreundschaft, die solche Beschwichigungen veranlaßt. Man empfindet die eigne Mitschuld an den Greueln in Transvaal und rät deshalb zum Schweigen. Wenn die parteiamtliche „konservative Korrespondenz“ in einer Zuschrift „von hervorragender Stelle“ es für weiser erklärt, von den Protestkundgebungen abzusehen, weil man dadurch nur Chamberlains Stellung in England bestärke, so geschieht diese Mahnung sicherlich in erster Linie aus der Erwägung, daß es nicht gut sei, in der Zeit des Zollwucherkampfes gewisse Empfindlichkeiten ohne Not zu reizen; die konservative Boerenfreundschaft hat sich ja seit langem dem realen Geschäftsinteresse der Agrarier unterordnen müssen. Daneben aber mag auch ein wenig die Scham, das Bewußtsein der eignen Ständhaftigkeit, zur Entsagung drängen.

Zweifellos — es giebt keine größere Kulturhande als dieses Verhalten der vereinigten Zivilisationsvölker, die es weder verhindern können noch verhindern wollen, daß ein kleines tapferes Volk von brutaler Uebermacht rucklos ausgerottet wird. Aber die kapitalistischen Klassen aller Länder sind trotz aller Annonen und Kriegsschiffe zur moralischen Ohnmacht verurteilt, weil es ja im Grunde ihre eigne Politik ist, die heute England treibt. Die Raublust des Kapitalismus hat niemals eine Schranke der Menschlichkeit und Gerechtigkeit anerkannt. Nur Narren und Heuchler sagen England wegen infamer Verbrechen an, die ihr eignes Volk zu ihm jeden Tag bereit ist.

Krieg ist Krieg. Es giebt keinen humanen Krieg, wie ein Wort nicht dadurch human wird, daß er mit parfümierztem Dolch verübt wird. Die Kriegsanalisten in Deutschland haben das Recht verwirkt, über Chamberlain zu zeteren. Der Kapitalismus ist kraft seiner inneren Natur barbarisch; augenblicklich ist es England, das der Barbarenatur der kapitalistischen Gesellschaft in einem verbrecherischen Kriege Rechnung trägt. Gestern und morgen waren und werden es andre Staaten sein, die dann freilich das Verbrechen als glorreiche Patriotenthat und geschickliche Notwendigkeit bejubeln.

Aber das Proletariat, der internationale Träger des Humanitätsgedankens, hat das Recht, gegen Englands Raubpolitik zu protestieren, weil es das System der Vergewaltigung überall gleichermassen verurteilt und bekämpft. Der prohartige und hochherzige Gehanke des Boykotts der englischen Schifffahrt ist, wie immer er leider auch nicht durch human wird, daß er mit parfümierztem Dolch verübt wird. Die Kriegsanalisten in Deutschland haben das Recht verwirkt, über Chamberlain zu zeteren. Der Kapitalismus ist kraft seiner inneren Natur barbarisch; augenblicklich ist es England, das der Barbarenatur der kapitalistischen Gesellschaft in einem verbrecherischen Kriege Rechnung trägt. Gestern und morgen waren und werden es andre Staaten sein, die dann freilich das Verbrechen als glorreiche Patriotenthat und geschickliche Notwendigkeit bejubeln.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November.

Der Brownwer.

Die Deutsche Tageszeitung spielt wieder die Rolle des Unbegreiflichen. Der Zolltarif, wie ihn der Bundesrat gestaltet hat, sei schließlich unannehmbar; ebenso bedürfe das Zolltarif-Gesetz einschneidender und wesentlicher Aenderungen, wenn es angenommen werden soll; im Reichstage solle „mit rücksichtsloser Entschiedenheit“ auf größere Beachtung der Wünsche der Landwirtschaft gedrungen werden.

Es mag sein, daß diese Komödie des Ueberscherns auch im Reichstage durch die Herren Dertel, Röske, Dahn fortgesetzt werden

wird. Die konservative Partei wird sich schließlich mit den Regierungsanerbietungen „begnügen“. Die Herren vom Bunde der Landwirte sind nur dazu gut, durch ihr Gelächern den Aufsehn zu erwecken, als sei die konservative Unerfährtheit eigentlich bescheidenste Bescheidenheit. Dies lächerliche Spiel ist nicht mehr ernst zu nehmen.

Auf der Hauptversammlung, die der „Konservative Verein der Provinz Brandenburg“ am Donnerstag abhielt, ist denn auch eine agrarische Opposition gegen den Regierungsentwurf nicht zum Ausdruck gekommen. Dasselbst hat man sich begnügt, allerlei Fadenfingereien und Einfältigkeiten und Täuschungen zum Beweise der Vortrefflichkeit des Zollwuchers zu wiederholen.

Am Tage zuvor hat Graf Kanitz, einer der seltenen Agrarier, die nicht nur schreien — obgleich er auch dies nicht übel versteht — sondern auch denken können, in Reden sich über den Zolltarif und die Handelsverträge. Graf Kanitz bekundet offen seine Feindschaft gegen Handelsverträge geäußert, war aber gleichfalls offenerzig genug, jeden Kornzoll wiederum als ein „unvollkommenes Ding“ zuzugestehen; jeder feste Zoll hat etwas Mißliches, bei reicher Ernte gebe er keine angemessenen Preise, bei knapper Ernte verteuere er das Getreide in ungebührlicher Weise. Dies hinderte den Grafen Kanitz allerdings nicht, einen Zinsmarkt-Zoll als zu niedrig zu bezeichnen. Aber sein Ideal ist und bleibt nicht der Kornzoll, sondern die gesetzliche Festlegung des Getreidepreises, natürlich eines möglichst hohen.

Zu den Erhebungen über Arbeitslosigkeit.

In unfer Mittheilung über die durch den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen einberufene vertrauliche Konferenz in Halle, die den Zweck zu verfolgen schien, den schweren Arbeitslosen-Rothstand kurzweg abzuleugnen, ist folgende Erklärung des Regierungspräsidenten von Magdeburg wiedergegeben worden:

Von den 2000 kürzlich in einer Arbeitslosen-Versammlung in Magdeburg erschienenen Arbeitern seien mindestens 1600 Saisonarbeiter und nur ein geringer Bruchtheil von den restlichen 500 könne als wirklich arbeitslos gelten.

Gegen diese Beurteilung der Arbeitslosen-Versammlung und damit der Arbeitslosigkeitsfrage erhebt die Magdeburger „Volkstimme“ Protest und erweist die völlige Unkenntnis des Regierungspräsidenten in dieser so überaus wichtigen Frage, über die derselbe sich ein ebenso schnellfertiges als falsches Urteil gebildet hat. Da das Verfahren des Regierungspräsidenten von Magdeburg geradezu typisch ist für die Behandlung der Arbeitslosenfrage durch hohe Staatsbehörden, so hat die Wiberlegung, die ihm die „Volkstimme“ zu teil werden läßt, eine weit über den örtlichen Bereich hinausgehende allgemeine Bedeutung. Die „Volkstimme“ schreibt:

„Von wem hat der Herr Regierungspräsident die Angaben bezogen, auf die er sein sonderbares Urteil stützt? Der Herr Regierungspräsident war nicht in der Versammlung, offiziell dazu beauftragte Regierungsbeamte gewiß auch nicht, wenn man die beiden überwandenen Polizeibeamten nicht als solche rechnen will. Mit den Veranfassern der Arbeitslosen-Versammlung sich in Verbindung zu setzen, hat der Herr Regierungspräsident nicht für notwendig befunden. Bleibt vielleicht noch die hiesige städtische Behörde, der Herr Oberbürgermeister Schneider. Aber auch von diesem kann der Herr Regierungspräsident nicht seine Informationen bezogen haben, da Herr Oberbürgermeister Schneider sich unsren Gewährsmännern gegenüber gerade entgegengekehrt wie der Herr Regierungspräsident ausgebrückt hat. Woher also die Kenntnisse, Herr Regierungspräsident?“

Damit es nicht heißen kann, wir verlangten etwas Unbilliges, so wollen wir unsrerseits den Anfang machen und unsre Gewährsmänner nennen. Wir fügen unser Urteil auf die Aussagen der sämtlichen hierorts angestellten und in der Versammlung anwesend gewesen Gewerkschaftsbeamten sowie fast aller socialdemokratischen Stadtverordneten. Alle diese Personen, die seit langen Jahren in der Magdeburger Arbeiterbewegung thätig sind, haben eine ziemlich genaue Kenntnis von den Angehörigen ihres Berufes, kennen sie zum größten Teil, so weit sie organisiert sind, persönlich.

Und diese Gewährsmänner sagen übereinstimmend aus, daß gerade nicht die Saisonarbeiter das Hauptcontingent in der Arbeitslosen-Versammlung gestellt haben, sondern umgekehrt die hiesigen Industrie-Arbeiter, deren Beschäftigung nicht an die Saison gebunden ist, so die Metallarbeiter der verschiedensten Branchen, die im Handels- und Transportgewerbe Beschäftigten, die Eisenbahnarbeiter und ähnliche Arbeiterkategorien.

Der hiesige Oberbürgermeister, der sich für die vom Gewerkschafts-Kartell veranfaßte Erhebung lebhaft interessierte und sich vorher und nachher mit den Veranfassern dieser Erhebung in Verbindung setzte, also auch ein auf Grund eingehenderer Beschäftigung mit der Materie gewonnenes Urteil besitzt, hat dem Stadtverordneten Boh gegenüber geäußert, daß gerade die Saisonarbeiter bislang noch wenig unter der Arbeitslosigkeit zu leiden hatten.

Und all diesen unanfechtbaren Zeugnissen halte man die sonderbare Behauptung des Herrn Regierungspräsidenten gegenüber! Wenn die Ausführungen der übrigen Referenten von ähnlicher Sachkenntnis diktiert gewesen sein sollten, so kann man sich ein Bild davon machen, was bei den von der Regierung angeordneten Erhebungen herauskommen wird.

Wir können auch nur annehmen, daß der Herr Oberbürgermeister Schneider auf der Konferenz nicht anwesend gewesen ist, da er sonst die Ausführungen des Regierungspräsidenten nicht unwiderprochen gelassen haben würde. Auch Metallindustrielle aus Magdeburg scheinen nicht anwesend gewesen zu sein, da sonst z. B. der Vertreter von Schäffer u. Vandenberg gelagt haben würde, daß in seiner Fabrik allein 300 Mann weniger als im Vorjahre beschäftigt sind, und der Vertreter der Firma Gruson würde mitgeteilt haben, daß bei ihm gegenwärtig sogar über 1000 Mann weniger als im vorigen Jahre beschäftigt sind. Und beide würden erklärt haben, daß sie nicht

widersprochen haben, — weil sie nicht konnten — als der Stadtverordnete Vogt, der Bureaubeamte der hiesigen Metallarbeiter-Organisation, in der Stadtverordneten-Versammlung erklärte, daß die Winderbeschäftigung im Metallarbeitergewerbe gegenüber dem Vorjahre an 4000 Mann betrage!

Die Rechtsgültigkeit der Landestrainer dürfte demnächst zur gerichtlichen Entscheidung gelangen. Zur Zeit der letzten Landestrainer unternahm der Verein der Arbeiterinnen an Buchdruck-Schneldpressen eine Dampferpartie mit Mühl.

Jetzt erfahren die Vorstandmitglieder des Vereins zu ihrer Ueberzeugung, daß der Staatsanwalt Anklage gegen sie erhoben und das Gericht ihr Folge gegeben hat. Sie werden das Verbrechen beschuldigt, das Transierreglement vom 7. Oktober 1797 und die Kabinetsordre vom 18. November 1845 übertreten zu haben.

Man wird also jetzt eine Klärung darüber herbeiführen können, ob eine Kabinetsordre aus dem 18. Jahrhundert, deren letzte Revision ebenfalls noch aus absolutistischer Zeit stammt, die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Gewerbetreibenden aufheben kann und überhaupt noch Rechtverbindlichkeit hat.

Der Termin findet am 25. November vor dem Schöffengericht Köpenick statt.

Die Finanzlage.

Der Bundesrat hat seinem zuständigen Ausschuss den Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1902 übergeben. Die Reichsfinanzkommission wird also in dieser Körperschaft zur Beratung gelangen. Wie die „Köln. Kor.“ hört, haben bereits in den letzten Tagen unverbindliche Besprechungen von Vertretern der verschiedenen Einzelstaaten über die Finanzlage im Reich und in den Einzelstaaten stattgefunden. Zu einem Abschluß sind die bezüglichen Beratungen nicht gekommen. Immerhin machte sich die Ueberzeugung sehr stark geltend, daß insbesondere die finanzielle Lage der kleineren Staaten nicht danach angethan sei, um eine zu große Inanspruchnahme ihrer Kraft durch höhere Matrikularbeiträge angezeigt erscheinen zu lassen. Wahrscheinlich wird infolgedessen bei den Beratungen der Einzelstaaten in den Bundesrats-Ausschüssen das Möglichste versucht werden, um eine Herabminderung des Reichsdefizits zu erreichen.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten machte am Freitag in der Fortsetzung der Finanzdebatte Finanzminister v. Niedeck folgende Ausführungen:

Er warnte davor, die Finanzlage zu rosig darzustellen. Jedenfalls sei im Hinblick auf den Rückgang der Einnahmen bei der Bewilligung neuer Ausgaben Vorsicht geboten. Was den Fehlbetrag beim Reichsetat betreffe, so sei die Zeitungsmeldung, in welcher von einem Fehlbetrag von 140 Millionen die Rede sei, unbedingt irrig. Der Fehlbetrag werde die vom Staatssekretär des Reichsschatzamts angegebene Höhe (100 Millionen) nicht überschreiten. Die bayerische Regierung rechne bestimmt auf das Zustandekommen einer Reichsfinanzreform, da die jetzigen Verhältnisse zwischen dem Reich und den Einzelstaaten auf die Dauer nicht haltbar seien.

Neue Anleihe?

Die „Berl. Polit. Nachr.“ bereiten darauf vor, daß die Reichsregierung, um sich aus der Finanzklemme zu befreien, zu einer neuen Anleihe schreiten werde:

„Läßt sich der Ausgabebedarf gegenüber dem Etatsentwurf nicht erheblich einschränken? (Vom.) und nötigt die Entwicklung der Einnahmen zu vorsichtiger Veranschlagung, so könnte nur noch die eine Möglichkeit in Betracht kommen, den notleidenden Bundesstaaten eine Erleichterung zu schaffen, indem man von der Ausschreibung von Matrikulumlagen für einen Teil der nach dem Entwurf in den ordentlichen Etat eingeordneten einmaligen Ausgaben absehen würde und deren Bestreitung, soweit erforderlich, aus Anleihen ermöglicht. Daß eine solche Maßregel sehr unerwünscht ist, erscheint unbestreitbar, sie müßte aber gegenüber der andernfalls zu befürchtenden finanziellen Zerrüttung eines Teiles der Bundesstaaten als das kleinere Übel erscheinen.“

Man habe einige Panzerkolosse weniger oder sparsamer an unnötigen Ausgaben und die Rot ist beseitigt. Aber daran denkt man nicht. Leider schlägt man neue Schuldenvermehrung vor und macht das deutsche Volk immer mehr tributpflichtig dem Geldkapital.

Die Krankheit des Herrn v. Frege.

Das Ende der Präsidentschaft des Herrn v. Frege ist ebenso genial wie die Präsidentschaft selbst gewesen ist. Die „Dresdner Nachrichten“, eines der eifrigsten Blätter der konservativen Partei und darum Herrn v. Freges Lieblingsorgan, teilen mit:

Der erste Vizepräsident des Reichstages Dr. v. Frege hat sich hier einer ärztlichen Konsultation unterwerfen müssen, die für ihn die Notwendigkeit absoluter Fernhaltung von allen Geschäften ergeben hat. Dr. v. Frege beabsichtigt, den Süden aufzusuchen.

Wenn Minister zur geeigneten Stunde an Gesundheitsdrückerleiden, — warum kann das Herr v. Frege nicht auch?

Hoffentlich gekundet Herr v. Frege im schönen Süden fern von der garstigen Luft des deutschen Reichstags bald wieder. Sonst müßte ihm nicht bedauert werden, daß er sich nicht schon längst ärztlicher Konsultation unterworfen hätte; die Kräfte hätten ihm sicherlich bereits vier Wochen nach Antritt seiner Präsidentschaft die Notwendigkeit absoluter Fernhaltung von allen Geschäften beigelegt.

Der Verantwortliche für die Haager Friedenshoffe.

Ein scharfsinniger Kopf hat es jetzt entdeckt, wer der eigentliche Verantwortliche dafür ist, daß die sogenannte Haager Friedenskonferenz ein Wübel ausgebreitet hat, daß die friedensdienliche Welt statt einer schiedsrichterlichen Instanz, die unerbittlich jeden Friedensbrecher vor ihr Tribunal schleift und exemplarisch zur Abstrafung bringt, nur einen ohnmächtigen Poffengerichtshof erhalten hat, der, um im Berliner Jargon zu sprechen, absolut Kuppe ist und auf die sonderbaren Ränge zu warten verurteilt ist, die sich freiwillig seinem Schiedsspruch zu unterwerfen gewillt sind. Rotabene dem Schiedspruch dieses Gerichtshofes, der nicht nur kein Mittel hat, die Parteien vor seinen Nichtertum zu citieren, sondern dem auch jede Exekutive fehlt, die Mächte zur Beachtung seines Urteilspruches zu zwingen. Denn die Mächte, die die Schiedsprechung anrufen und zu dem Zwecke eine besondere Urkunde, den sogenannten Schiedsvertrag, unterzeichnen, übernehmen dadurch nach Artikel 31 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle zugleich die Verpflichtung, sich dem Schiedspruch nach Treu und Glauben zu unterwerfen; allein irgend welche Abmachungen der Mächte darüber, daß und wie gegen Vertragsbrüche vorgegangen werden solle, existieren nicht. Doch wie gesagt, der Schuldige für die Lächerlichkeit dieses ganzen Schiedsgerichts ist entdeckt. Es ist nämlich — die Socialdemokratie. Man vernehme, wessen uns eine in den Kreisen der deutschen bürgerlichen Friedensbewegung hervorragende thätige Persönlichkeit in einem an die Redaktion des „Vorwärts“ gerichteten Schreiben anlagt:

Berlin, den 14. November 1901.

Löbliche Redaktion!

In der heutigen Nummer des „Vorwärts“ belustigen Sie sich über die Ohnmacht des Haager Schiedsgerichtes. Es ist interessant, eine derartig vorwurfsvolle Kritik der bei der Haager Konferenz zu Stande gekommenen Konventionen gerade in Ihrem Blatte zu finden, das am meisten dazu beigetragen hat, die dortigen Verhandlungen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und zu verhöhnern. Das Wort von der Haager „Komödie“ hat der

„Vorwärts“ erfunden. Daß das Haager Schiedsgericht nur fakultativ geworden, daß es nur das geworden, was Sie ihm in Ihrer heutigen Nummer zum Vorwurf machen und nicht mehr, ist in erster Linie den deutschen Delegierten zu verdanken, denn sowohl die amerikanischen, wie die englischen Delegierten und auch die russischen haben viel weitergehende Befugnisse für das zu errichtende Schiedsgericht vorgesehn, als die deutschen Delegierten zuließen. Es wird Ihnen aus der Geschichte dieser Konferenz nicht unbekannt sein, daß diese beinahe an dem Widerstand des Herrn Professor Jorns zum Scheitern gekommen wäre und daß es einer Reize dieses Herrn nach Berlin bedurfte, um wenigstens zu jenem Kompromiß zu führen, der in der heutigen Fassung des Schiedsgerichtshofes, als eine einfache Liste von Richtern, die streitende Staaten benennen können, um daraus ein Schiedsgericht zu bilden, wenn sie wollen, zum Ausdruck kommt. Die Haltung des verstorbenen Oberstleutnants v. Schwarzhoff, der in den Sitzungen der Konferenz erklärte, das deutsche Volk ertrage die ihm durch den bewaffneten Frieden auferlegten Lasten mit fremdlichen Herzen, ist zu bekannt, als daß ich noch besonders darauf hinweisen sollte. Die deutsche Socialdemokratie aber, die sich heute über die Ohnmacht des Haager Schiedsgerichtshofes lustig macht, hat den deutschen Delegierten durch ihre ablehnende Haltung indirekt Vorhand geleistet. Herr v. Schwarzhoff ist von einem konservativen Oberstleutnant (Rogalla von Biederstein) seiner Zeit energisch zurückgewiesen worden, aber niemals von einer socialdemokratischen Zeitung oder von einem socialdemokratischen Abgeordneten. Herrn Professor Jorns gänzlich unwissenschaftliche Anschauung über das Völkerrecht, von Professor Stengels Ausfällen gar nicht zu reden, fanden in der socialistischen Presse keinen Widerstand sondern indirekte Unterstützung (z. B. von meinen Herren, indirekte Unterstützung!) und keinem socialdemokratischen Abgeordneten ist es jemals eingefallen, die deutsche Reichsregierung darüber zu befragen, warum sie sich auf der Haager Konferenz den Anträgen der übrigen Mächte gegenüber so ablehnend verhielt.

Es ist merkwürdig, daß eine Partei, deren Programm ganz deutlich erklärt, daß sie die Schlichtung internationaler Streitigkeiten durch internationale Schiedsgerichte anstrebt, eine Gelegenheit, wie die Enderung der Haager Konferenz, vorübergehen lassen konnte, ohne durch Entfaltung ihrer ganzen Kraft darauf hin zu arbeiten, daß etwas Brauchbares aus diesen Verhandlungen herauskommen würde. Jetzt aber noch obendrein darüber zu spotten, ist eine Politik, die einer ehrlichen Partei wahrhaftig nicht würdig ist.

Vielleicht erklären Sie mir in Ihrem Blatte diesen Zwiespalt der — Partei.

Man hat gewiß manchmal über die Naivität der bürgerlichen Friedenspropagandisten zu stimmen Gelegenheit gehabt, allein diese Zustände scheinen uns doch zu — nachsichtlich ausgedrückt — Kundlichkeit der Auffassung alles Neuliche in den Schatt zu stellen.

Also die Haager Friedenskonferenz wäre keine Komödie, sondern ein Maximal der internationalen Verständigung, der Beginn der Abrüstung, der Andruh der Friedensära gewesen, wenn — die Socialdemokratie es nur dies eine Mal über sich gewonnen hätte, alles in dem rosenroten Lichte des bürgerlichen Friedensillusionisten zu sehen, den gekrünten Repräsentanten des Reutenregiments als Philanthropen vom reinen Wasser zu preisen und den imperialistischen Venterprojekten nachhängenden Mächten die ernste Absicht zuzuschreiben, das tausendjährige Reich zu errichten.

Da die Socialdemokratie sich zu diesem erhabenen Gipfel des politischen Realismus nicht aufschwingen vermochte, sondern das Friedensmanifester des Haren, der einige Monate vor dem Erlaß desselben einhundert Millionen für Lotterien zu bestimmen hatte, als diplomatischen Trick und die Weisung der Haager Konferenz als eine diplomatische Fosse bezeichnete, deren Ergebnisse gleich Null sein würden, so — trägt sie nach der Ansicht unseres originellen Friedensphilosophen die Verantwortung für die abgeschmackte Komödie. Wäre ein solcher Vorwurf schon absurd, wenn die Ereignisse dem feinerseitigen Optimismus der bürgerlichen Friedensfreunde bis zu einem gewissen Grade recht gegeben hätten, so wird er nachzuholend durch die Dinge, die nach der Konferenz eintraten: durch die Hunnenkriege in Ostafrika, in China, auf den Philippinen, die bewiesen, daß die Konferenz nicht einmal auf die Kriegssitten in den geringsten Einfluß auszuüben vermochte hat.

Unglaublich komisch ist die Annahme, daß eine proletarische Massenbewegung die deutsche Regierung veranlaßt haben würde, statt der Schwarzhoff und Stengel weniger erklärte Friedensgegner als Vertreter der Haager Konferenz zu schicken. Hat sich die Regierung auch nur in Sachen des Arzler-Empfangs durch Volkskundgebungen irgendwie beeinflussen lassen? Gleich komisch ist aber auch, daß die spöttische Skepsis der Socialdemokratie den sonst wohl vorhandenen guten Willen der Mächte und ihrer Vertreter gelähmt hätte. Hätte sie die Konferenz nicht viel eher anfordern müssen, erst recht etwas zu leisten und dadurch die Spötter zu entwaффnen?

Aber unser Friedensphantast will uns nicht nur beweisen, daß er mit der Logik auf gespanntem Fuße steht, er nimmt es auch mit den Thatsachen nicht sehr genau. So, wenn er behauptete, daß die Socialdemokratie nicht an der Person und den Anschauungen der deutschen Vertreter in Haag schärfste Kritik geübt habe, daß ferner die Socialdemokratie die Gelegenheit zu der Interpellation im Parlament völlig unbemüht gelassen habe. Gerade das Gegenteil entspricht den Thatsachen. So war es z. B. einzig und allein die Socialdemokratie, die im Reichstage die Haager Friedenskonferenz zur Sprache brachte und schärfste Kritik an der Stellung der Regierung und ihrer Vertreter übte. Der Ausschluß der Öffentlichkeit bei den Verhandlungen, die Person und das Verhalten der deutschen Vertreter, und vieles andere wurde von den socialdemokratischen Rednern in der sachlich schärfsten Form zur Sprache gebracht. Gerade Personen, die unsern Artikel sehr nahe stehen, bedauern es damals lebhaft, daß einzig die socialdemokratische Partei Veranlassung zum Anschneiden dieses Themas genommen habe, während die liberalen Parteien geschwiegen hätten. Wir wollen trotzdem nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und die „Ehrlichkeit“ des Einsenders seiner gänzlich unmotivierten Angriffe wegen in Frage stellen.

Vielleicht wird der Einsender nunmehr begreifen, daß der Zwiespalt in der Socialdemokratie nur in seiner von den Thatsachen allzu genial abstrahierenden Einbildung existiert, vielleicht freilich auch nicht. Im letzteren Fall müßten wir freilich darauf verzichten, ihn unsere Auffassung und unsere Haltung in der Frage der Friedensbestrebungen verständlich zu machen.

Professor Mommsen wendet sich in anerkenntwürdiger Schärfe gegen die Anstellung von Professoren nach konfessionellen Rücksichten. „Es geht, sagt Professor Mommsen, durch die deutschen Universitätskreise das Gefühl der Degradierung.“

Es mag sein, daß der greise Historiker ein wirklich in den Universitätskreisen vorhandenes Gefühl zum Ausdruck bringt. Meinst aber Professor Mommsen nicht, daß er alsdann Anlaß hätte, sich mit weit größerer Schärfe gegen die deutsche Professorenenschaft zu wenden, die jener Degradierung sich feig unterwirft?

Professor Ravi Reinhold, der an der Berliner Universität sogenannte Rationalökonomie nebenamtlich lehrte und von Hauptberuf Amtsgerichtsrat war, ist im Alter von 52 Jahren gestorben.

Reinhold war der wenig beneidenswerte Held jener Tragikomödie der Jungen, die Stumm's Herrschaft und Woffes Unfähigkeit geschaffen. Stumm forderte im Jahre 1897 gebieterisch, daß „Männer der Praxis“ auf die Lehrstühle der Universitäten berufen würden, Leute, die den kathechrischen Schritt machen

der Socialdemokratie — Stumm litt ja an Verfolgungswahn — entgegenwirken sollten. Der Kultusminister gebrauchte unverzüglich. Man verfiel auf den in Wiesbaden amtierenden Herrn Reinhold, ernannte ihn schleunigst zum Extraordinarius und harpte der großen Dinge.

Über Herr Reinhold entäußerte Stumm's Hoffnungen. Es war mit dem geistreichenden Eigenbröbler nichts anzufangen. Man nahm ihn gar nicht ernst. Er verbreitete nicht einmal die reine Lehre des Stumm'schen Patriarchalismus.

So lebt denn beim Rode Reinhold's die Socialdemokratie noch immer, und auch der gewiß nicht gefährliche, zahme, socialistenfreierliche Kathedersocialismus, den auszurollen Stumm befohlen hatte. —

Reorganisation des Statistischen Amtes des Reiches. Die Ernennung Dr. Wilhelm's zum Präsidenten des Statistischen Amtes des Reiches scheint — so schreibt ein Verlecherblätter — mit einer geplanten Reorganisation dieser Behörde zusammenzuhängen. Bisher hatte das Statistische Amt des Reiches wie das königliche preussische Statistische Bureau einen Direktor und sieben höhere Beamte, welche einander koordiniert sind. Mit der Umwandlung der leitenden Stelle in eine Präsidentenstelle dürfte nun wohl auch die Einrichtung von Abteilungen plangreifend, welche je einem Abteilungsleiter unterstellt werden, eine Umwandlung, welcher wohl auch das preussische Statistische Amt entgegengeht. Man spricht von drei bis vier Abteilungen und nennt als besondere Dezernate die Handelsstatistik, die Finanz- und Medizinalstatistik und die Abteilung für Volkszählungen.

Konservativer Gumbig. Eine Interpellation über Arbeitslosigkeit haben im sächsischen Landtag die Mitglieder der konservativen Fraktion eingebracht. Sie erkennen das Bestehen einer industriellen Krise an und befragen die Regierung, welche Maßnahmen sie angesichts dieser Zustände ergriffen habe und zu ergreifen gedenke.

Es ist amüsant. Die Herren im sächsischen Landtag wollen beweisen, daß sie eben so gut wie die von ihnen gewaltthätig verdrängten Socialdemokraten Arbeitslosigkeit-Interpellationen unternehmen können. Aber welcherlei Mittel gedenken denn die Konservativen gegen das von ihnen zugestandene Uebel vorzuschlagen? Wahrscheinlich haben sie auch insofern die socialdemokratische Thätigkeit abgesehen, daß sie den Achtundzestag und Regelung der Produktionsweise gegen die industrielle Krise in Vorschlag bringen! Oder wollen sie der Regierung Gelegenheit geben, einige billige Redensarten zu machen, die an der Krise und ihrer zukünftigen Wiederkehr nicht das mindeste ändern? —

Historische Voerenliebe. In der holländischen Abgeordnetenkammer erklärte, wie telegraphisch gemeldet wird, Staatsminister Graf v. Craillheim in Beantwortung einer Anfrage aus den Reihen der Abgeordneten:

Schritte zu Gunsten der Voeren habe die Reichsregierung nicht thun können, so sehr dies auch im Interesse der tapferen Voeren zu bedauern sei.

Weiter hat der Minister die Gründe nicht mitgeteilt, die ein Eintreten für die Voeren unmöglich gemacht haben sollen. —

Recht auf Beleidigung. Aus Dasseldorf schreibt man der „Volks-Zeitung“:

Der hiesige Kaplan Schwippert hatte im Sommer dieses Jahres einem Fabrikarbeiter Namens Fehender den Zutritt zu seiner sterbenden Frau verweigert und die Mischebe des Arbeiters als ein „Konkubinat“, ein „sündhaftes Verhältnis“ charakterisiert. Auf Grund dieser Äußerungen hatte die Staatsanwaltschaft gegen den Geistlichen das Strafverfahren wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen eingeleitet, während Fehender selbst gegen den Kaplan im Wege der Privatklage vorging. Nachdem schließlich der öffentliche Ankläger das Verfahren eingestellt hat, ist nunmehr auch dem Privatkläger vom hiesigen Amtsgericht mitgeteilt worden, daß seiner Privatklage nicht Folge gegeben werden könne. —

Zur Typhusepidemie in Gelsenkirchen. Das Ermittlungsverfahren in Sachen des Gelsenkirchener Wasserwerks hat zur Einleitung der Voruntersuchung geführt. Wie die „Gelsenkirchener Zig.“ meldet, ist Landrichter von Duerd aus Essen mit der Sache beauftragt und deshalb von seinen bisherigen Amtsgeschäften beurlaubt worden. Die Auflage lautet auf Rohrzugmittelkäufung. —

Ausland.

Dänemark.

240 000 Kronen Prinzessinnen-Mitgift und für 5 Millionen Kanonen! Mit diesen beiden Forderungen des liberalen Ministeriums beschäftigte sich das Folkething in der Dienstagssitzung. Beide sind Forderungen, die bereits mehreremal von konservativen Ministern eingebracht wurden, deren Durchführung aber stets an der Haltung der Liberalen und Socialdemokraten scheiterte. Diesmal stehen die Socialdemokraten in ihrer Opposition dagegen allein. Mit der Prinzessinnen-Mitgift — je 120 000 Kronen an die Prinzessinnen Luffe und Ingeborg, die sich vor einigen Jahren verheiratet haben — hat sich das Folkething schon fünfmal beschäftigt und das Ministerium Deunger ist bereits das vierte Ministerium, das diesen Antrag einbringt. „Die Prinzessinnen“, fährt Dorchberg aus, „wurden gut verheiratet ohne Mitgift“. Ich weiß nicht, ob sie ihre Möbel auf Abzahlung genommen haben, wie so manches Arbeiterpaar, aber an jeden Fall haben sie nicht am Schluß ihrer Hüttenwochen den Gerichtsvolgehier empfangen. Das sind 240 000 Kr., die verlangt werden für die Töchter des reichsten Mannes unseres Landes; Gelder, genommen von den Mitteln des Volkes, aufgebracht durch Steuern, die nach den Worten eines nationalökonomischen Professors „eine Summe von Entbehrung und Thränen repräsentieren“. — Der Redner erklärte es für unverständlich, daß der Kronprinz es zuläßt, daß die Regierung Jahr für Jahr den Beitritt zum dem Folkething für seiner Töchter Mitgift unternimmt, und rechnete dem Folkething vor, wie viel Armut und Elend durch die 240 000 Kronen gemindert werden könnte. Im Namen der Socialdemokratie protestierte er auf das Entschiedenste gegen eine derartige Verwendung von Staatsmitteln. — Gleichwohl wird das Folkething ohne Ausdehnung in die zweite Lesung des Regierungsvorschlags eintreten. — Zu dem Antrag auf Bewilligung von 5 Millionen für neue Kanonen sprach von socialdemokratischer Seite Sigv. Olsen, der grundsätzlich Ausdehnung verlangte. Auch hier entschied sich das Folkething für den direkten Uebergang zur zweiten Lesung. —

Frankreich.

Zum Generalstreik der Vergleute.

Das Internationale Komitee der Vergleute ist in Dover (England) zusammengetreten; die französischen Delegierten beim Internationalen Komitee sind der Deputierte Lamandin und Vergant. Es handelt sich um die Frage, wie zu verhindern sei, daß im Fall eines Generalstreiks englische Kohlen nach Frankreich eingeführt werden. — Die außerparlamentarische Kommission, welche schon vor Monaten eingesetzt war, um die Forderungen der Vergleute zu beraten, ist auf Verlangen der Regierung aufgelöst worden. Ihr Mandat geht an die Kommission für Arbeiterschutz und an die Kommission für Arbeiterversicherung über.

Das Nationale Komitee der Vergleute hat mit der Kommission für Arbeiterschutz über die Forderungen der Vergleute verhandelt. Nach den Verhandlungen verschiedener Mitglieder der Kommission, auch solcher von bürgerlichen Abgeordneten, scheint sich in der Kommission eine Mehrheit für den geistlichen Achtundzestag zu finden. Die Delegierten der Arbeiter machten geltend, daß bei Einführung des Achtundzestages die Produktion leicht zu erhöhen sei, einmal durch die Intensität der Arbeit selbst und dann auch durch eine schnellere Verwertigung des Auf- und Abtriegs, sowie durch Einführung einer besseren Ventilation, so daß die Vergleute in besserer Luft und bei geringerer Temperatur ihre Arbeit verrichten können. — Die Frage der Altersrenten wird bekanntlich von einer andern Kommission, der Kommission für Arbeiterversicherung, beraten und werden die

Delegierten der Bergleute auch mit dieser verhandeln. Im ganzen scheint jetzt Aussicht vorhanden zu sein, daß der Generalstreik vermieden werden kann.

Frankreich als Friedensstifter. Ein „Herold“-Telegramm besagt: Die Pariser Blätter melden, hatten Marquis Ito und der Abgeordnete Tsubuki, sowie der japanische Geschäftsträger in Paris gestern eine längere Audienz beim Präsidenten Loubet. In der Besprechung mit dem Minister des Aeußern Delcassé sollen dieselben die Gründe für eine Kriegsgesahr im äußersten Osten dargestellt haben. Es scheint, als ob England der japanischen Regierung für den Fall eines Konfliktes seine moralische und tatsächliche Unterstützung zugesagt hätte, nachdem aber Delcassé den japanischen Diplomaten die gegenwärtige kritische Lage und Ohnmacht Englands nachgewiesen habe, sei es mehr als wahrscheinlich, daß die Kriegsgesahr durch gütliche Weisung der Differenzen beseitigt ist.

Eine Kriegsgesahr — d. h. ein Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen Japan und Rußland — dürfte vielleicht im Grunde überhaupt nicht bestanden haben, möglich wäre es aber immerhin, daß England Japan als Sturmbod gegen Rußland hätte brauchen wollen. Was überhaupt an der ganzen Mitteilung Wahres ist, entzieht sich einstweilen jeder Beurteilung.

Vertagung der Wüstene-Interpellation. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ aus Paris ist die neue Kammerdebatte über den türkischen Konflikt vorläufig vertagt worden. Delcassé einigte sich mit den Interpellanten auf eine Aussprache bei der Diskussion des Budgets des Aeußern.

Belgien.

Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel hat an alle Arbeiterorganisationen der Welt ein Manifest erlassen, welches gegen die englischen Konzentrationslager energisch Einspruch erhebt.

Italien.

Der sozialistische Sieg in Neapel.

Aus Rom wird uns vom 12. November geschrieben: Das Ergebnis der Gemeindevahlen in Neapel besloß die Arbeit der Sozialisten, die als erste den Kampf gegen die verdorbenen Camorra und ihren Hauptling Casale aufgenommen hatten. Trotz der größten Schwierigkeiten, die uns die Gegner entgegenwarfen, hat unsere Liste vollständig gesiegt. Neben der gemäßigten Merikalen Mehrheit, welche die bisherige „liberale“ Camorra-Verwaltung ablöst, haben wir eine ansehnliche Minorität von 12 Sozialisten. Labriola und Turci sind die ersten unserer Wahlliste gewesen und wurden mit 2000 und 2151 Stimmen gewählt, während die höchste Stimmengahl der Merikalen 2734 beträgt.

Die Liberalen sind völlig zusammengebrochen. Ihr Zusammenbruch erinnert durchaus an den Sturz der Tammany-Partei in New York, gegen die sich alle verständigen Leute erhoben hatten. So hat auch in Neapel der von den Sozialisten entfachte Sturm die gesamte, nicht an den Camorristischen Schandthaten beteiligte Wählerchaft aus der Furcht vor der Camorra emporgeworfen und sie sind fähig geworden, endlich dem System der schamvollsten Korruption in der Verwaltung ein Ende zu bereiten. Man darf allerdings nicht zu behaupten wagen, daß ein Zusammenbruch der Camorra selbst erzielt worden ist; vielmehr wird die Arbeit einer Generation nötig sein, um all diese Säuseln völlig auszureuten.

Aber ein Anfang ist gemacht, ein ausgezeichnete Anfang!

Die Skandale in Neapel werden auch in der italienischen Kammer zur Erörterung gelangen. Der sozialistische Deputierte Lollini, der jetzt auch mit in die Gemeindevvertretung in Neapel gewählt ist, hat bereits eine Interpellation an das Ministerium eingereicht, in welcher er die Regierung befragt, ob die Justizbehörden angewiesen sind, gegen alle diejenigen, welche durch die Untersuchung belastet sind, einzuschreiten.

Der Senator Sardo, der die Untersuchung in Neapel geleitet hat, soll, wie es heißt, nochmals dahin zurückkehren, um die Untersuchung zu beenden. Diefelbe soll nämlich noch ausgedehnt werden auf die „frommen Stiftungen“ und „Böhrschafte-Anstalten“; dort sollen die Dinge nicht viel besser liegen, als in der Hauptverwaltung selbst. Ferner spricht man davon, daß auch die Provinzialverwaltung einer Kontrolle unterzogen werden soll. Neapel ist die Hauptstadt von Süd-Italien, und der Hauptstamm der dort vorkommenden Bevölkerung ist, aber die Korruption ist ausgebreitet über ganz Süd-Italien.

Spanien.

Wierzig sozialistische Gemeindevorteiler. Aus Madrid wird vom Donnerstag gemeldet: Im heutigen Ministerrat hob der Minister des Innern hervor, daß bei den letzten Gemeindevahlen 40 Sozialisten gesiegt haben, was desto bemerkenswerter sei, als bisher kein einziger gesiegt hatte.

Konflikt zwischen Ministerium und Universität Barcelona. Der Rektor der Universität Barcelona ist von seinem Posten entlassen worden, weil er die aus Anlaß der jüngsten Studentenunruhen ergriffenen militärischen Maßnahmen einer abfälligen Kritik unterzogen hatte; von den Studenten wurde dem Rektor eine Huldigung bereitet. Unter den Studenten herrscht große Erregung, sie haben bei der Königin-Regentin telegraphische Einspruch gegen die Absetzung des Rektors erhoben und Androhung in den Geschäftsräumen einer Anzahl von Zeitungen veranstaltet, wobei sie für die Universität Autonomie verlangten.

England.

Lord Rosebery hielt gestern Abend eine Rede, worin er die allgemeine Gleichgültigkeit und Ohnmacht der verantwortlichen Führer der Nation beklagte. Die Parteien mißten ihre Streitigkeiten gelegentlich vergessen. Er befürwortete die Bildung eines Kabinetts, welches mehr aus Geschäftsleuten als aus Politikern zusammengesetzt wäre.

Neue 800 Millionen Anleihe. In London zirkuliert das Gerücht, die Regierung werde im Januar nächsten Jahres im Parlament einen Kredit von 400 Millionen Pfund Sterling (800 Millionen Mark) verlangen. Hieron sollen 25 Millionen durch Ausgabe neuer Anleihen und 15 Millionen durch Steuererhöhung aufgebracht werden. Die Einkommensteuer wird wahrscheinlich bedeutend erhöht werden.

Das Gerücht ist sehr glaubhaft. Die Anleihe ist ja bereits ministeriell angekündigt worden.

Der Boeren-Krieg.

Nicht vor Kapstadt

sind bereits die Streifkolonnen der Boeren angekommen. Den „Times“ wird aus Middelburg vom 13. d. Mts. gemeldet, seit zwei Tagen würden Boeren in größerer Nähe von Kapstadt gesehen; 60 Mann von einem jüngst bei Hopfield beobachteten Kommando seien in Süd-Darling eingedrungen, doch dürfe dieser Einfall nicht zu ernst genommen werden, da die englischen Truppenabteilungen stark genug seien, stand zu halten. Jedenfalls beweist es aber die Ohnmacht der Engländer, daß die Boeren vor den Thoren Kapstadts zu erscheinen wagen.

Der Herzog von Connaught,

der leibliche Bruder Edward VII., soll, wie der Kriegsminister Brodrick in seiner vorgestrigen Rede ankündigte, entschlossen sein, den Boeren Mores zu lehren. Brodrick erklärte, daß der Herzog von Connaught entschlossen sei, sein Army Corps zu führen, sollte dasselbe zum Felddienst herangezogen werden. Wohin auch immer das Army Corps geschickt werden sollte, sagte Brodrick, „der Herzog wird es führen.“ Die Opposition der Zeitungen gegen die Ernennung des Herzogs basierte hauptsächlich auf der Annahme, daß man denselben die Führung im Felddienste doch nicht übertragen werde. Dieses Argument wird somit durch die Erklärung des Kriegssekretärs hinfällig.

Der Herzog von Connaught ist General und Ritter des Hofenborden, also wehe den Boeren, wenn Prinz Arthur Wilhelm Patrik den Degen zieht, während sein gekrönter Bruder die Boeren niederbetet. Eigentlich freilich haben die Engländer in der letzten Zeit schon Brägel genug bekommen, als daß es nötig wäre, zu diesem Behufe einen Prinzen von königlichem Geblüt ins Feld zu schicken!

Eine neue englische Niederlage.

London, 15. November. Gestern Abend ging das Gerücht, die Truppen Louis Bothas hätten die Engländer an der Grenze von Natal überrollt und ihnen eine schwere Niederlage beigebracht. Die Regierung erklärt, ihr sei bis zur Stunde von einem solchen Ereignis keine Mitteilung zugegangen.

Middelburg (Kapkolonie), 13. November. Eine Patrouille der berittenen Truppen des Jansen-Distrikts hatte am 11. d. M. ein Schammügel mit einigen verpörrigten Boeren von Jaurberg. Die Patrouille mußte sich zurückziehen.

Kapstadt, 15. November. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Ein Peiffal wird aus Port Elizabeth gemeldet.

Partei-Nachrichten.

Zum Protest gegen den Hungerzoll liegt nunmehr das Resultat aus der Stadt Berlin vor. Es wurden abgegeben:

	Unter-	Wahlstimmen
	schristen	Optimal 1898
1. Wahlkreis	10 243	8 685
2. Wahlkreis	94 097	26 269
3. Wahlkreis	86 317	11 411
4. Wahlkreis		
Osten	109 264	
Südosten	61 625	
5. Wahlkreis	185 189	45 298
6. Wahlkreis	31 618	10 025
Gesamtdrucken und Rosen-		
thaler Vorstadt	64 498	
Moabit	80 006	
Wedding u. Oranien. Vorstadt	52 918	
Schönhauser Vorstadt	44 922	
	192 284	58 778
Berlin Diverse	937	

Unsre Schätzung hat sich als ziemlich richtig herausgestellt. Die Stadt Berlin gibt bei 135 411 sozialdemokratischen Stimmen 530 625 Unterschriften gegen den Verdruß ab. Eingeschriebene Wähler waren 1898 nur 397 000 vorhanden. Unter Abrechnung der jugendlichen Personen kann man mit ziemlicher Gewißheit behaupten, daß fast die Hälfte der Einwohner Berlin unsre Petition unterzeichnet haben.

Von weiteren Resultaten meldet der Wahlkreis Stettin 20 877, Jüterbog 13 151, davon allein aus der Stadt Ludowalde mit reichlich 20 000 Einwohnern 7467, Wahlkreis Zerichow I und II 6522. Dazu kommt noch ein Antrag von rund 15 000 aus Dortmund, Braunschweig, Gotha und Leipzig.

München und Umgegend gab rund 70 000 Unterschriften ab. Wir zählten demnach bis jetzt aus 118 Wahlkreisen mit rund 1 228 000 Wahlstimmen rund 2 520 000 Unterschriften.

Die Stadtverordnetenwahlen in Königsberg. Nach Meldungen des „Vollständigen Telegrammen-Bureaus“ errangen unsere Parteigenossen in Königsberg am Donnerstag einen bedeutenden Erfolg. Es waren 18 Mandate zu vergeben. Sofort gewählt wurden nur zwei Sozialdemokraten und ein Nichtsozialdemokrat. Es sind zehn Sitze abzuwählen, an denen sechs sozialdemokratische Kandidaten beteiligt sind. Genaue Einzelangaben dürften erst morgen zu erlangen sein.

In Chemnitz siegten unsre Parteigenossen in Klasse B mit achtstarker Majorität über die Gegner. Unsre Stimmengahlen nahmen gegen 1899 um etwa 700 zu, die der Gegner gingen um über 100 zurück. Gewählt wurden drei Parteigenossen als Stadtverordnete. Auch die zu wählenden Eriahmänner sind Parteigenossen.

Einen beachtenswerten Gemeindevahl-Sieg meldet uns ein Privattelegramm aus Jümenau (S.-Weimar). Bei 6 Kandidaten wurden dort 4 Parteigenossen gewählt.

In Stichwahl konnten unsre 4 Kandidaten bei der Kommunalwahl in Varmen. Unsre Stimmen liegen von 2080 vor zwei Jahren auf 3289. Die Stichwahl ist mit den Konservativen auszufechten, die es nur auf 2509 Stimmen brachten. Den Ausschlag giebt das unterlegene Kartell der Freisinnigen, Ultramontanen und Nationalliberalen. Von den 4 auszufechtenden Stadtverordneten kommt nur einer in Stichwahl.

Schammügelerei.

Die „Deutsche Vergarbeiter-Zeitung“ unterläßt es, mit Namen und Thatfachen aufzuwarten für ihre letzten, von uns citierten Behauptungen. Sie nennt keinen der von ihr erfundenen „proletarischen Dilettanten“, die der Partei vielfach den Stempel aufdrücken, sie nennt keinen der berühmten Parteiführer und geschäftigsten und gebügeltsten Konfusen. Ihre Antwort auf unsre bestimmten Fragen besteht vielmehr in einer neuen Flut von Redensarten und spielt in der Erklärung, daß es ihr genüge, wenn ihre Kritik beachtet werde. Es mag ja sein, daß ein Schammügelerei-Gewissen findet an seinem Scham; die Öffentlichkeit wird sich ihr Urteil danach bilden.

Auf unsre Bemerkung, daß der Auftrag der Verbandsleitung zur Zurückweisung von Angriffen auf den Verband schwerlich so weit gehen werde, wie er von der „Vergarbeiter-Zeitung“ in ihrer vorletzten Nummer ausgenutzt wurde, erklärt das Blatt heute, daß die Verbandsleitung mit den Artikeln vollständig einverstanden sei und sie sogar vor der Drucklegung gelesen habe. Wenn das richtig ist, dann ist die Verbandsleitung dabei vermittels nicht so gründlich verfahren, wie es Hufeisen-Schammügelereien gegenüber angebracht ist, um sie richtig zu bewerten.

„Aus Eins mach' Zehn, und Zwei laß gehn, und Drei mach' gleich, so bist Du reich.“ Dieses Rezept versteht der Mann trefflich zu benutzen. Wir hatten geschrieben, er müsse die leichtfertige Beschuldigung, daß der „Vorwärts“ den Verband angegriffen habe, zurückziehen, denn er nehme mit Gemuthigung Notiz von unsrer Erklärung, daß wir noch niemals den Verband angegriffen hätten. Denn behauptet er, er hätte gar nichts zurückgezogen, er hätte im Gegentheil geschrieben, daß er gar keine Veranlassung habe, „etwas aus der Welt zu schaffen“.

Daß er gar keine Veranlassung habe, etwas aus der Welt zu schaffen, hat er allerdings geschrieben, aber nicht in Beziehung auf die Behauptung, daß wir den Verband angegriffen hätten, sondern in Beziehung auf die Angriffe gegen die 159 Parteitagdelegierten, die er als Schuldiger des Streikbruchs bezeichnete.

Dagegen hat er aber mit der ihm eigenen Jonglierkunst aus unsrer Erklärung, wir hätten noch keine Veranlassung zu Angriffen auf den Verband gehabt, fangt eine „schamlose Anerkennung“ gemacht. Wir lehnen es ausdrücklich ab, mit irgend einer unsrer Erklärungen ein Urteil über den Vergarbeiter-Verband abzugeben zu haben. Daß wir noch keine Veranlassung zu Angriffen auf den Verband gehabt haben, das schließt doch kein Urteil ein, sondern konstatiert nur die Thatfache, daß wir zur Abgabe eines solchen noch keine Veranlassung hatten.

Und nachdem der Mann in der vorigen Nummer dieses Kunststück vollführt, kehrt er es in der neuesten Nummer um und schreibt, er habe die Behauptung, daß wir den Verband angegriffen hätten, niemals aus der Welt schaffen wollen. So hat er nun beides je nach Bedarf: Einmal den „Vorwärts“, der den Verband angreift,

und dann wieder den „Vorwärts“, der dem Verande seine rückhaltlose Anerkennung ausdrückt.

Das alles macht der Mann! Ebenso gut versteht er es auch, sich aus Nichts Anerkennungen zu fabricieren für seine Angriffe auf den Führer-Parteilag. Diese Anerkennung findet er in der Thatfache, daß noch kein Gewerkschaftsblatt ihm einen Tadel dafür ausgesprochen habe. Wir begreifen ja, daß er das Bedürfnis empfunden, jedes Schweigen zu einer Anerkennung seines Verhaltens umzumünzen, da er mit jeder dieser Anerkennung so gar nicht aufwarten kann. Ganz im Gegenteil Leute, die Veranlassung zum Reden hatten, wie beispielsweise der Vorstand des Vergarbeiter-Verbandes, die haben ihm das direkte Gegenteil einer Anerkennung ganz unumwunden ausgesprochen und ihm weitere Angriffe auf die Partei strengstens untersagt. Sie haben ihn allerdings nicht so weit gedrückt, pater peccavi zu sagen; aber um so ersichtlicher ist es, daß trotzdem ein die Partei so arg herabziehender Artikel veröffentlicht werden durfte, wie der von uns in Nr. 204 citierte. Wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß die Partei geschädigt werde durch die Kritik an ihren Handlungen oder durch die Kritik einzelner Personen, soweit das in den durch die Notwendigkeit parteigenösslichen Journaleurens gebotenen Formen geschieht; die „Vergarbeiter-Zeitung“ hat aber in ihrem Artikel ganz allgemeine Beschimpfungen über einen ganz unbestimmten Kreis von Parteigenossen ausgesprochen; sie nennt weder Namen noch Beweise, weil sie für ihre ungeschicklichen Schimpfereien keine tatsächlichen Unterlagen hat. Es sind nur die zornigen Phantasien eines Schammügelers.

Die Prozesse gegen Vredendek, dessen Beurteilung unter eigentümlichen Umständen erfolgte, werden die Dortmunder Gerichte noch einmal beschäftigen. Vredendek ist bekanntlich in einem Falle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, obwohl er den fraglichen Zeitungsartikel nicht geschrieben hatte, obwohl durch die beiden Ausgaben zweier Feigen nachgewiesen wurde, daß sein Name als verantwortlicher Redacteur gegen seine ausdrückliche Anweisung vom Redteur veröffentlicht unter das Blatt gesetzt worden war, und obwohl der Verfasser des Artikels sich selbst vor Gericht zur Verfasserhaft bekannte.

Dieses Urteil hatte Genosse Hänisch in der „Rheinisch-Westfäl. Arbeiterzeitung“ kritisiert und dafür ist er nun unter Auflage gestuft worden.

Eine umfangreiche Agitation zur Gewinnung von Adressen auf ihr Parteiblatt beschloß die Genossen in K a n e n. Sie werden das Blatt längere Zeit regelmäßig in mehreren tausend Exemplaren gratis verteilen und erhoffen davon guten Erfolg.

Die Genossen Beck und Kolb einwickelten am Sonntag in einer Verammlung in D r a c h, wie sie dies schon vor einiger Zeit in Karlsruhe begonnen hatten, ihre differenzierenden Ansichten über Parteifragen. In dem Bericht des „Vollständigen“ heißt es nach einer Skizzierung der Referate:

Beide Redner ernteten förmlichen Beifall. Nach einer unvollständigen Diskussion und einem Schlußwort der beiden Referenten, in welchem Genosse Beck erklärte, es sei notwendig gewesen, daß einmal ein reinigendes Gewitter kam, jetzt sei die Luft wiederum rein und wir könnten mit frischem Mut zu gemeinsamer Arbeit scheitern, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Parteiverammlung des vierten badischen Reichstags-Wahlkreises vom 10. November 1901 erklärt nach Anhörung des Berichtes des Genossen Adolf Beck über den Lübecker Parteitag sich mit allen dort gefassten Beschlüssen einverstanden. Die Versammlung konstatiert nach Anhörung weiterer Ausführungen der Genossen Wilhelm Kolb und Adolf Beck, daß wir in der Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf der Grundlage unsres Programms vollständig einig sind.“

Die Petitionsbewegung für die Altersversicherung, die unsre hiesigen Genossen ins Werk gesetzt haben, ergab 1786 allgemeine Petitionen mit 670 517 Unterschriften, 1377 Petitionen von Gemeindevereinigungen, 1182 Petitionen von Arbeitervereinen und 408 Petitionen von Krankenkassen.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Ein Haus für ein öffentliches Ort.** In diesem Sinne hat jetzt die Strafkammer in Stade in einem Prozesse gegen 2 Parteigenossen wegen Flugblattverteilung entschieden. Vom Schöffengericht waren die beiden zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Berufungsgericht sprach sie kostenlos frei und erließ ihnen auch noch die persönlichen Auslagen. Es erklärte, das Hinlegen der Blätter in einem Haus für ein öffentliches Vertheilen anzusehen.

Sociales.

Einen bemerkenswerten Erfolg in der Frage der Beschäftigung Arbeitsloser errang das Gewerkschaftsblatt in der ober-sächsischen Fabrikstadt Mülhausen, deren Arbeiterbevölkerung von der Krise besonders schwer betroffen ist. Nachdem die schon im vorigen Winter erhobene Forderung der Vornahme umfassender Hilfsmaßnahmen durch die Stadt von dieser nur mit Scheinmaßnahmen beantwortet worden war und die diesbezüglichen Beschwerden des Kartells sowie dessen neue Anträge vom Bürgermeister einfach ignoriert wurden, hatte das Kartell in den letzten Tagen eine außerordentliche Agitation entfaltet. Am letzten Sonntag wurden in der Stadt Mülhausen 20 000 Flugblätter verbreitet, worin die Unfähigkeit der Stadtverwaltung kräftig geprügelt und an das Programm unangeführter öffentlicher Arbeiten erinnert wurde, das gerade der neuernannte Bürgermeister Wid bei seinem Amtsantritt im März d. J. aufgestellt hatte. Gleichzeitg wurde in finanzieller Beziehung auf die Hilfslosigkeitsfrage hingewiesen, die durch die im laufenden Jahre ausgebrochenen ordnungsparteilichen Gemeindevandale offensichtlich geworden ist. Das Flugblatt kündigte ferner vier öffentliche Arbeiterversammlungen an, die seit Sonntag in den verschiedenen Stadtvierteln stattfanden, sämtlich stark besucht wurden und ausserhalb gegen die vereinzelt Stimmen eines oder des andern Liberalen Sonderlings Protestresolutionen an die Adresse der Gemeindevverwaltung faheten. Diese nachdrückliche Agitation brach die Indolenz des Gemeindevorstandes. Der Bürgermeister berief am Mittwochabend eine bereits bestehende Spezialkommission des Gemeinderats ein, die aber bisher fast geschlossen hatte, und diese Kommission beschloß nun, wie bekannt gegeben wird, ohne weiteren Verzug die Arbeiten zur Instandsetzung verschiedener Straßen zu beginnen und vom Gemeinderat einen Kredit in Höhe von 150 000 Mark für Kostandsarbeiten zu verlangen. Die nachhaltige Agitation der Arbeiterchaft wird dafür sorgen, daß das Plenum des Gemeinderats auf diesem Wege weiter geht und daß den Beschäftigten namentlich auch eine bessere Entlohnung bei verkürzter Arbeitszeit gewährt wird. Die Anträge gehen auf Einführung des Abstammungstages bei 3 M. Tagelohn, an Stelle der bisher gezahlten 2,20 bis 2,40 M. Außer Straßenarbeiten ist ein Brückenbau, die beschleunigte Fortführung der Kanalisation und der Bahnhof-Reban in Aussicht.

Eine Zählung der Arbeitslosen beschloß das Gewerkschaftsblatt in Offenbach a. M. vorzunehmen. An der Sitzung nahmen auch die Vorstände der Gewerkschaften sowie der Fabrikinspektor teil. Dieser teilte mit, daß durch die Zählung, die die Fabrikinspektoren im Auftrage der Regierung vorzunehmen haben, nur die Fabriken und die Motorbetriebe erfasst werden. Das Gewerkschaftsblatt wird deshalb von Haus zu Haus zählen. Die dabei zu stellenden Fragen sollen im Einverständnis mit dem Fabrikinspektor formuliert werden.

Notstandarbeiten in größerem Umfange vorzunehmen schlägt auch in Breslau die städtische Betriebsdeputation vor. Außer einer Wasserleitung sollen mehrere Hundert neue Brunnen zur Herstellung der neuen Grundwasserzuführung angelegt und sobann noch 1/3 Millionen Mark für Erweiterung eines Electricitätswerkes verwendet werden. Der Antrieb zu diesen Plänen ist in der Agitation des Gewerkschaftsblattes zu suchen.

Aus Industrie und Handel.

Das Proletariat der Banken. Die Krise hat für die Angestellten der Banken ganz dieselben üblen Folgen gezeitigt, wie für die Arbeiter der Industrie. Vielfach sind die Angestellten durch den Zusammenbruch großer Institute außer Stellung gekommen, andere mußten ihren Platz verlassen, weil der Rückgang im Geschäftsverkehr ihre Arbeitskraft überflüssig machte. Neue Stellen zu bekommen ist heute ein Glücksumstand, wobei Gehälter geboten werden, die dem einfachen Handarbeiter gleichkommen. Einige Bankinstitute haben es dabei verstanden, in sehr rigoroser Weise die unglückliche Lage des Arbeitsmarktes sich zu nütze zu machen und die Gehälter ihrer Angestellten bedeutend herabgesetzt. Ein sehr markantes Beispiel dieser Art entnahmen wir der „Zukunft“, die über die Vorgänge an der „Neuen Bodengesellschaft“ folgende Schilderung giebt:

Dieses Institut (Neue Bodengesellschaft) ging belamisch aus der Deutschen Grundschuldbank hervor, die Herr Direktor Sanden zu Grunde gerichtet hatte. Die Beamten der Preussischen Hypothekendarlehenbank und der Grundschuldbank haben einen heftigen, für die zweite Kategorie erfolglosen Kampf geführt, um die für sie angekauften Pensionsfonds für sich zu erstreiten. Von den fünfzig Beamten der Grundschuldbank wurden nur achtzehn von der Neuen Bodengesellschaft übernommen. So lange Eupel und Schwab an der Spitze der reorganisierten Gesellschaft standen, kam man damit auch ganz gut aus. Nach ihnen trat aber Herr Eickmann, Hauptmann der Landwehr, Direktor der Terrains-Aktien-Gesellschaft Paul Wibleben und Aufsichtsrat mehrerer anderer Terrainsgesellschaften, in die Direktion ein und fand plötzlich, diese Beamten seien sämtlich unbrauchbar. Er hatte bei seinem Antreten versprochen, daß er mit einem eisernen Besen fechten wolle; und er hielt sein Wort. Er entließ zwar nur sehr wenige Beamte, aber er reduzierte die Gehälter ganz erheblich. Nach einer vorliegenden Aufstellung wurden ein Vize, der sechs, und ein Beamter, der sieben Jahre lang in der Grundschuldbank tätig gewesen war, einfach entlassen. Ein verheirateter Beamter, der mehr als 20 Jahre in der Bank arbeitete und 4 Kinder hat, bekommt statt seines früheren Gehalts von 3600 M. jetzt 1500 M. jährlich. Dasselbe Gnadengehalt beziehen: ein verheirateter Beamter mit 12jähriger Dienstzeit, der früher 2700 M. erhielt, und zwei verheiratete Beamte, die sieben Jahre da sind und 2100 M. bekommen sollten. Ein Beamter ist nach mehr als zwölf Dienstjahren von 2400 auf 1800 M. herabgedrückt worden. Von gleichmäßiger Behandlung kann man da nicht reden. Der Portier und Heizer des Bankgebäudes, der ungefähr sechs Jahre dient, soll vom 1. Januar ab nur noch ein Gehalt von 900 M. beziehen und ein verheirateter Vize ist nach 17jähriger Tätigkeit von 2000 auf 1400 M. reduziert worden. Schon geht unter den Beamten der Grundschuldbank das Gerücht, man wolle weibliche Arbeitskräfte einstellen. Dabei taucht die Erinnerung auf, daß bei andern Banken für leichtere Arbeiten ja bereits diätarisch bezahlte Unteroffiziere und Staatsbeamte mit Halbtagstätigkeit verwendet werden. Diese Sucht nach Ersparnissen wirkt doppelt merkwürdig, wenn man sich vor Augen hält, daß der ganze Profit an den Gehaltskürzungen nur etwa zehntausend Mark beträgt. Das bedeutet für jeden einzelnen Aktionär eine Abnahme von vierzig Pfennigen auf die Aktie. Nun bezieht Herr Direktor Eickmann aber an diesem Gehalt fünfzehntausend und als garantierte Mindestsumme fünfzehntausend Mark im Jahre. Außerdem hat er noch reichliche Einnahmen aus seinen übrigen Posten. Noch zarter wird der Kontrast, wenn man bedenkt, daß zwei Direktoren zusammen vierzigtausend, dreiundzwanzig Beamte zusammen bisher aber sechzigtausend Mark im Jahre bezogen und daß diese dreiundzwanzig vom ersten Januar an nur noch fünfzigtausend Mark beziehen sollen. Und unter ihnen sind noch drei Beamte, von denen jeder fünfzehntausend Mark bekommt. Herr Direktor Eickmann scheint sich der — noch gar nicht so lange existierenden — Zeit nicht mehr zu erinnern, wo auch er nur einfacher Beamter einer Bankfirma war.

Vielleicht dürfen wir an diese Vorgänge die Hoffnung knüpfen, daß auch in den Kreisen der Bankbeamten die Erkenntnis dämmert, in wie abhängiger und dürftiger Stellung sie die Entwicklung des modernen Großkapitalismus gebracht hat und wie ihre Interessenvertretung nur an der Seite des kämpfenden Proletariats zu finden ist.

Die Lage des Arbeitsmarktes. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen des Deutschen Reiches hat im Oktober der Anhang einen solchen Grad erreicht, daß auf jede offene Stelle zwei Arbeitssuchende zu verzeichnen waren! In genauen Ziffern kamen im Durchschnitt der Arbeitsnachweise, soweit sie an die Berichtserstattung der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, auf 100 offene Stellen 198,1 Arbeitssuchende (gegen 185,3 im vorjährigen Oktober). Während die Zahl der Beschäftigten, die in den Krankenkassen versichert waren, im vorigen Jahre im Laufe des Oktober sich noch um 1,2 Proz. hob, ist sie in diesem Jahre um 1,6 Proz. zurückgegangen. Infolge der sinkenden Löhne ist der innere Markt immer weniger aufnahmefähig geworden, und der dadurch hervorgerufene weitere Rückgang führt zu neuen Arbeiterentlassungen.

Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Die Firma Karl Zeiß, Fabrik optischer Apparate in Jena, zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 Proz. Dividende gleich 165 000 M. an ihre Arbeiter.

Das deutsche Zuckerkartell erhöhte den Verkaufspreis für gemahlene Raffinade und Melis um 25 Pf. pro Zentner. Durch die jüngste geringe Preissteigerung für Rohzucker läßt sich die Preis-erhöhung nicht erklären, denn seit der letzten Preisfestsetzung des Kartells sind die Rohzuckerpreise nur um ca. 10 Pf. gestiegen. An-lass zu der Erhöhung dürfte wohl das lebhafteste Exportgeschäft gegeben haben. Die Ware wurde allerdings dem Auslande zu Preisen überlassen, die die Produktionskosten schwerlich decken dürften. Die Differenz muß infolge dessen der inländische Konsument bezahlen.

Der Gesamtantrieb des Verwertungsverbandes deutscher Spiritusfabrikanten beschloß auf Grund des Votums des Hauptvorstandes einstimmig, den Abschlagspreis, der zuletzt auf 33 M. festgesetzt war, für alle Lieferungen vom 18. d. M. an auf 30 M. herabzusetzen.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat. Die in diesem Syndikat vereinigten Zechen haben im Monat Oktober bei 27 Arbeitstagen 4 383 763 To. gefördert, oder arbeitsmäßig 162 363 To., gegen 4 090 130 To. und 174 042 To. arbeitsmäßig im Oktober v. J. Kontingentierte war die Förderung im abgelaufenen Monat auf 5 264 425 To. Also ergibt sich in der Förderung gegen die Beteiligungsziffer ein Anfall von 880 643 To. = 16,73 Proz.

Die Konturreizung im Schiffsahrt-Verkehr. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ dröhlet, daß die dortigen Vertreter der verschiedenen transatlantischen Dampfergesellschaften den Neuernungen Direktor Vallius von der Hamburg-Amerika-Linie in Bezug auf die Demoralisation des Geschäfts, hervorgerufen durch allzu scharfen Wettbewerb, beistimmen. Man glaubt jedoch nicht, daß seine Reise nach London etwas dazu beitragen könne, um einen Umschwung in die Verhältnisse zu bringen. Der Agent der „Comard-Linie“ erklärte, daß er den Auslastungen Vallius wenig Wert beimesse, doch zugeben müsse, daß das Geschäft durch die unübtige Vermehrung der den transatlantischen Verkehr vermittelnden Schiffe bedeutend gelitten habe. Die Hauptschuld an den Verhältnissen sieht er gerade den deutschen Linien zu. — Herr Reed, der Vertreter der „White Star Line“ meinte, es sei eine große Aufgabe, einen Plan zur Verminderung der Zahl der jetzt bei den verschiedenen Gesellschaften dienenden Dampfer zu entwerfen. Was die Aufgabe besonders erschwere, sei der Postdienst, der unwiderrückliche Fabriken erschaffe. Gustav Schwab, der Repräsentant des „Norddeutschen Lloyd“, sagte: „Wenn wir uns nicht einmal auf die Fahrpreise einigen können, wie können wir hoffen, zu einem Verständnis in Bezug auf die Anzahl

der Fahrten zu kommen? Freilich wäre es ein großer Vorteil, die Anzahl der Fahrten im Winter“ zu beschränken. Zwölf Millionen Dollar könnten so in einer Saison erspart werden. Aber es ist bereits zu spät, eine derartige Verringerung noch in diesem Winter einzutreten zu lassen.“

Ein amerikanischer Eisenbahn-Truß, dem ein Kapital von 400 Millionen Dollar zur Verfügung steht, ist in der Gründung begriffen. Der Einfluß erstreckt sich auf die Northern Pacific, Great Northern und die Chicago-Burlington-Bahnen. Das Unternehmen führt den Namen Northern Securities Company. Betrieben wird die Aktion von Morgan und Harriman, die anscheinend die Mehrzahl von Aktien in ihren Besitz gebracht haben. Bemerkenswert ist, daß das Konfortium, ohne die übrigen Aktionäre zu fragen, frei die Bedingungen diktiert, wie die alten Aktien abgelöst werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Als geeigneten Augenblick zur Lohnkürzung hat auch die Schraubenfabrik von Stelzner, Gr. Frankfurterstraße 13, die gegenwärtige schlechte Konjunktur angesehen. Es ist bei dieser Firma schon seit Jahren gang und gäbe, daß es im Herbst, wenn größere Aufträge kommen, Differenzen giebt, weil die Firma die Accordpreise drücken will. In den vorhergehenden Jahren haben die Arbeiter sich mit Erfolg gewehrt und auch dies Jahr wollten die Arbeiter sich nicht ohne weiteres einen Abzug gefallen lassen, mußten aber schließlich den unglücklichen Umständen Rechnung tragen. Wenn die Arbeit bei der Firma wieder mehr präsiert, werden die Arbeiter natürlich — gestützt auf die Organisation — sofort die Rückgängigmachung der Lohnkürzung verlangen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Als Beitragsammler für die Zahlstelle 21, Stettinerstraße, wurde in der letzten Bezirksversammlung Bedding-Gesundbrennen Kollege S. Nothert einstimmig gewählt. Getadelt wurde in der Versammlung, daß es noch immer Kollegen giebt, die mit Band und Werkzeug beim Meister arbeiten.

Deutsches Reich.

Zur Beachtung!

Von Eisenberg (S. Altenburg) wird ein Aufruf des Gewerkschaftskartells zu Goldberg zugefandt, der anscheinend an alle Gewerkschaftskartelle Deutschlands gerichtet ist.

In dem Aufruf werden die organisierten Arbeiter aufgefordert zu Selbstmahlungen zur Unterstützung der Familien der inhaftierten resp. schuldig gewordenen Genossen: O. Sternberg, K. Kurj, A. Klein, G. Weidemann und G. Werler.

Hierzu erklären wir: Alle fünf Personen sind Mitglieder unsres Verbandes. Die Familien derselben sind seit der Verhaftung resp. Flucht von uns unterstützt worden und erhalten auch fernerhin Unterstützung. Ein Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands ist demnach nicht erforderlich.

Alle Arbeiterzeitungen werden um Nachdruck gebeten.
Der Vorstand
des Centralverbandes der Maurer Deutschlands.
J. A.: Th. Bömelburg.

Die Filiale Hannover des Deutschen Schnelver-Bandes beschloß die Anstellung eines besoldeten Beamten. Von drei zur engeren Wahl stehenden Kandidaten wurde Kading-Berlin mit 173 von 194 abgegebenen Stimmen für den Posten gewählt. Derselbe soll bereits am 1. Dezember seinen Posten antreten.

Die Arbeiter der „Fränkischen Schuhfabriken“ in Rürnberg erklärten sich im Interesse des lieben Friedens bereit, die geplanten Lohnreduktionen nicht sofort mit einem Ausstand zu beantworten. Sie beschloßen mit schwacher Majorität, 14 Tage nach dem neuen Tarif auf Probe zu arbeiten. — In einer abgegebenen Abstimmung, die diesem Beschluß vorangegangen war, hatten von 363 Personen 305 für Arbeitsmederlegung gestimmt, falls eine annehmbare Einigung nicht zu Stande käme. Daß trotz dieses Abstimmungsresultates die Arbeiter doch noch einmal probieren wollen, beweist ihre Friedensliebe. Wird die Diktation gleich entgegenkommend sein?

Die Gravitischleifer und Steinhauer in Bayreuth haben die drohenden Lohnabsätze und Entlassungen durch einmütiges Zusammenstehen abgewehrt. Nichtsdestoweniger werden die Steinhauer ersucht, Bayreuth noch einige Zeit zu meiden, damit die ertungene Position besetzt werden kann.

Ausland.

Die Vertreter der bänischen Buchdrucker der Provinz haben mit den Vertretern der Primatiale einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der am 1. Juni 1902 in Kraft treten, und bis zum 1. Januar 1906 gelten soll. Die verhältnismäßig geringen Löhne der Provinz-Buchdrucker werden dadurch um 10—15 Proz. erhöht. Einen besondern Punkt der Verhandlungen bildeten die Lohnverhältnisse in der von den Zeitungsverlegern der Provinz in Kopenhagen errichteten „Zeitungsdruckfabrik“, die gemeinsame Artikel für die Provinzpresse in stereotypierten Platten liefert. Obgleich die Arbeit nun in Kopenhagen ausgeführt wird, wollten die Unternehmer den hier geltenden höheren Tarif nicht zahlen, sahen sich aber doch schließlich genötigt, in diesem Punkt nachzugeben.

Der Streik der Goldbleichen-Arbeiter in Göteborg dauert noch immer fort. Die Unternehmer haben einen Agenten nach Deutschland geschickt, der hier unter glänzenden Vorpiegelungen Streikbrecher anzuwerben sucht. Es soll ihm auch bereits gelungen sein, einige deutsche Goldbleichen-Arbeiter zur Reise nach Schweden zu verlocken.

Aus der italienischen Gewerkschaftsbewegung. In Ferrara haben die Schneider nach einem Streik von 6 Tagen die Meister gezwungen, ihre Forderungen anzuerkennen. — Auch die Barbierer dieser Stadt sind für Verkürzung der Arbeitszeit und für Verabreichung nach Stunden in den Streik eingetreten. — In Palermo ist der Streik der Hafenarbeiter, Schiffslader, Wollschäurer usw. siegreich für die Arbeiter beendet. — Die Wäcker haben durch Vermittlung der dortigen Arbeitskammer einen günstigen Tarif mit den Meistern vereinbart.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbearbeiter tagte am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Zunächst berichtete Herr Doktor E. Freundenberg über die bisher resultatlos verlaufenen Einigungen-Verhandlungen mit den Apothekern. Der Redner bemängelte u. a. in derselben Weise, wie es in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ geschehen ist, das Verhalten des Herrn Dr. Meißner als Unparteiischer bei diesen Verhandlungen und giebt schließlich der Meinung Ausdruck, daß bei der gegenwärtigen Lage der Sache und infolge der Art, wie die Vertreter der Apotheker verfahren, ein für die Kassen befriedigendes Resultat durch die Verhandlungen vorläufig nicht zu erwarten sei. Die von den Apothekern jetzt gewünschten Erhebungen sind für die Kassen durchaus nicht mehr nötig, nachdem sie solche wiederholt vorgenommen haben, und sie werden sich dieser mehrere Wochen dauernden Arbeit nicht unterziehen, wenn ihnen die Apotheker nicht von vornherein klipp und klar die Höhe des Rezepturabzuges oder eine gleichwertige Vergünstigung in anderer Form zusichern. Sollten die Verhandlungen überhaupt fortgesetzt werden, so werden die Kassenvertreter entschieden darauf dringen, daß Herr Dr. Meißner an der Ausübung seiner Advokatrolle verhindert und auf seine Funktionen als Unparteiischer beschränkt wird. Außerdem müssen die Kassenvertreter, infolge der bisherigen Vorkommnisse entschieden verlangen, daß die Apotheker alle einigermassen wesentlichen Erklärungen von ihnen selbst sofort schriftlich ablassen und zu Protokoll geben.

um so eine sofortige Kontrolle über die gemachten Erklärungen zu ermöglichen. Im übrigen können aber die Kassen mit größter Ruhe die Zeit abwarten, bis ihren Forderungen entsprochen wird. Für die Kassen ist die gegenwärtige Situation sehr günstig und namentlich hat sich auch die direkte Abgabe der 3 Arzneimitel an die Kassenmitglieder sehr gut bewährt. Aber auch wenn der für die Apotheker günstigste Fall eintreten würde und etwa die frühere Entscheidung des Oberlandesgerichts in Berlin, wonach die Kassen zur Abgabe der einzelnen Medikamente berechtigt sind, abgeändert würde, so könnten die Kassen immerhin noch verschiedene andre geeignete Maßnahmen ergreifen. Unter andern würde diejenige Apotheke, die heute den Kassen die Medikamente im großen liefert, eine Art Versandgeschäft einrichten müssen, um den Kassenmitgliedern die Medikamente direkt zuzuliefern. In diesem Falle brauchten sich die Kassen auch nicht auf die bisherigen drei Mittel zu beschränken, sondern es könnten dann gleich sieben der hauptsächlichsten Medikamente auf diesem Wege beschafft werden.

An der hierauf folgenden Diskussion beteiligte sich auch der Obmann der Kassenvertreter, der Vorsitzende der Orts-Krankenkasse in Dresden, Herr Frähdorf, der anführte, daß er denn doch ein größeres Entgegenkommen seitens der Apotheker erwartet hätte. Sogar vom Vorsitzenden des Apothekervereins in Dresden wurde ihm gegenüber zugegeben, daß die Berliner Apotheker sehr gut im Stande wären, den Forderungen der Kassen zu entsprechen, zumal die preussische Medizinallage eine höhere als die sächsische sei. Der Redner teilt mit, daß auch er der Meinung war, daß die Apotheker eine Vergünstigung von 15 Prozent zugestanden hätten und daß die diesbezügliche Erklärung des Apothekers Paragraff unter den obwaltenden Umständen gar nicht anders aufgeföhrt werden konnte. Herr Sabot-Charlottenburg giebt der Meinung Ausdruck, daß sich die Kassen zu früh auf Verhandlungen eingelassen haben und daß noch weitere Maßnahmen getroffen werden müßten. Die Erweiterung der Sonderverkaufsliste hat für die Apotheker lediglich den Zweck, ihnen die Konkurrenz mit den Drogeristen zu ermöglichen. Die Kassen müßten entschieden bei der Forderung des Rezepturabzuges verharren. Auch Herr Schindler wies nach, daß durch die Erweiterung der Sonderverkaufsliste unmöglich die geforderten Vergünstigungen erzielt werden können.

Nachdem noch mehrere Redner in diesem Sinne gesprochen und sich mit dem Verhalten der Kassenvertreter bei den Verhandlungen einverstanden erklärt hatten, wurde noch mitgeteilt, daß die Allgemeine Orts-Krankenkasse in zehn Tagen 200 Flaschen Eisen, 70 Flaschen russischen Spiritus und 20 Schachteln Santalöl auf ihre Mitglieder direkt abgegeben und dadurch in den wenigen Tagen bei diesen drei Mitteln eine Ersparnis von ca. 600 M. zu verzeichnen hat. Auch bei andern Kassen sind verhältnismäßig ähnlich günstige Resultate erzielt worden.

Der weitere Punkt der Tagesordnung: die Abänderung des Apothekerverzeichnisses, wurde noch kurzer Diskussion verlegt und berichtet hierauf Herr Dr. Friedberg in eingehender Weise über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verbandstages der Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich zu Stuttgart. In der Diskussion über diesen Punkt wandten sich einige Redner gegen die Ansichten des Dr. Friedberg, der in seinem Referat auf dem Verbandstag in Stuttgart den Hilfskassen insbesondere in Rücksicht auf die geplanten Maßnahmen der Regierung, die Auflösung bezw. die Ausschließung an die gewerkschaftlichen Organisationen empfohlen hat. Von den Vertretern der freien Hilfskassen wurde ausgeführt, daß diese zu einem solchen Vorgehen durchaus keine Veranlassung hätten und daß die Centralkommission sich mit diesem Referat nicht einverstanden erklären dürfe. Eine in diesem Sinne verfaßte Resolution wurde jedoch von der Versammlung mit großer Majorität abgelehnt.

Nach kurzer Debatte wurde sodann einstimmig die von der Centralkommission in Vorschlag gebrachte Einrichtung der Gutscheine beschlossen. Diese sogenannten Gutscheine, die am 1. Januar von allen Kassen eingeföhrt werden sollen, haben den Zweck, die Kassenmitglieder vor Uebervorteilungen seitens der Apotheker zu schützen. Bisher mußte für irgend ein Sonderverkaufsmittel, das der Privatpatient für etwa 10, 15 oder 20 Pf. in der Apotheke erhielt, die Krankenkasse 25—50 Pf. bezahlen, weil von den Apothekern in allen Fällen die Rezepturkosten berechnet wurden. Dieser Zustand, der den Kassen viele Tausende Mark jährlich kostete, soll nun beseitigt werden, indem der behandelnde Arzt dem Kassenmitgliede an Stelle des Rezeptes einen Gutschein mit der Bezeichnung des Medikaments und des Kostenpreises ausfertigt und das Kassenmitglied dann so wie der Privatmann, mündlich und ohne den Gutschein vorzulegen, das verordnete Medikament in der Apotheke fordert und den festgesetzten Preis hierfür bezahlt. Das verlangte Geld wird dem Kassenmitgliede gegen Abgabe des Gutscheines von der Kasse oder auch in den Droguen-Handlungen sofort zurück-erstattet.

In der Versammlung waren vertreten 42 Orts-, 6 Zimmungs-, 3 Betriebs-, 5 Vororts- und 29 Hilfskassen, insgesamt 91 Krankenkassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Stadtverordneten-Erwahl.

Stettin, 15. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) In der heute stattgefundenen Erwählung zum Stadtverordneten-Kollegium siegte unter Genosse Boglert mit 793 Stimmen über das liberal-konservative Kartell, welches 603 Stimmen aufbrachte. Genosse Boglert ist unser neuer Stadtverordneter.

Prosch Anekl.

Kugoburg, 15. November. (W. Z. B.) Aus den weitesten Zeugenansagen geht hervor, daß die Bauernburken, welche die Gendarmen Brandmeier und Scheidler zum Gehöft des Pledibauern behufs Aushebung des Anekl begleiteten, beim ersten Schuß des letzteren stürzten und die Gendarmen in dem dunklen Hause allein ließen. Die Frau des Mißanthropen Pledibauern Kiezer macht von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch und wird unverdächtig vernommen. Sie sagt aus, sie habe dem Gendarmen Brandmeier zugerufen, er solle nicht hereinsehen, da Anekl reichlich mit Wasser versehen sei. Nachdem Schüsse gefallen seien, habe sie den verwundeten Gendarmen Scheidler unterstützen wollen, worauf Anekl gerufen habe: Hinand, sonst ist alles hin. Sie habe dann Anekl gebeten, nicht mehr zu schießen, derselbe habe sich dann auch entfernt. Weiter behauptet die Frau, sie wisse nicht einem Einverständnis ihres Mannes mit Anekl, sie glaube nicht an solches. Zur Verlesung gelangen hierauf die Aussagen des Gendarmen Scheidler, die er vor seinem Tode abgegeben hat, sie besagen im wesentlichen, daß der erste Schuß den Kameraden Brandmeier niedergestreckt habe, worauf er (Scheidler) geflohen habe und dann ebenfalls getroffen worden sei, der Pledibauer habe ihm nicht geholfen. Weitere Zeugen sagen über das Verhältnis des Pledibauern zu Brandmeier aus. Danach habe der Angeklagte wiederholt schwere Drohungen ausgesprochen, u. a. gesagt: Brandmeier mich nach laput gehen, wenn nicht ich, thut es ein anderer. Hierauf wird die Verhandlung auf morgen verlegt.

Nicht Häuser niedergebrannt.

Heidelberg, 15. November. (W. Z. B.) Heute vormittag brach in einem Gasthause in Dossenheim Feuer aus, das rasch um sich griff. Bis her sind acht Häuser niedergebrannt. Die hiesige Feuerwehr rückte nach der Auglandsstraße ab.

München, 15. November. (W. Z. B.) Der Maler Professor Ernst Zimmermann ist gestorben.

Madrid, 15. Nov. (W. Z. B.) Der Marineminister fordert für die Fertigstellung verdringener Kriegsschiffe einen Zuschlag von 12 Millionen. Die Budgetkommission ist nicht gewillt, beizustimmen, so daß der Rücktritt des Ministers unvermeidlich erscheint.

Der Prozeß Kneißl in Augsburg.

Im Anschluß an unsere gestrigen Mitteilungen über die Gerichtsverhandlung wird berichtet: Angeklagt ist Kneißl bekanntlich wegen zweier Mordthaten, eines Verbrechens des Totschlagsversuchs sowie des schweren Raubes und der schweren räuberischen Erpressung; Michael Rieger, geboren am 27. April 1855, wegen Beihilfe zum Mord in zwei Fällen.

Nachdem die Personalien der Angeklagten aufgenommen worden, kommt der Präsident auf die früheren Straftaten des Kneißl zu sprechen.

Vorl.: Ihre Mutter hat an Sie ins Untersuchungsgefängnis einen Brief geschrieben, in dem es heißt: „Es ist Dein Unglück, daß Du nicht, wie Jungfrau Bauer, mit 15 Jahren aus der Schule entlassen würdest.“ Weshalb das ein Unglück für Sie war, ist mir nicht verständlich. — Kneißl: Meine Mutter meint vielleicht, daß es ein schlechter Eindruck macht, daß ich schon in so jungen Jahren bestraft wurde. — Vorsitzender: Sie wurden nicht bloß wegen Schulverweigerung, sondern auch mehrfach wegen Jagdverwehrens, Wilderns, schweren Einbruchs und verächtlicher Tötung in noch, sehr jugendlichem Alter bestraft. Kneißl: Herr Präsident, ich wurde unschuldig zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt. Den Einbruch habe nicht ich, sondern mein Bruder begangen, auch hat dieser allein auf die Gendarmen geschossen. Ich habe, nachdem mein Vater gestorben war, das Geschäft meiner Eltern allein geführt und sehr fleißig gearbeitet. — Vorl.: Ihr Vater starb im Gefängnis? — Kneißl: Nein, auf dem Transport. — Vorl.: Ihre Mutter war zur Zeit auch verhaftet? — Kneißl: Jawohl. — Vorl.: Ihr Bruder heißt Alois und ist jünger als Sie? — Kneißl: Jawohl. — Vorl.: Haben Sie noch mehr Geschwister? — Kneißl: Ich hatte noch drei Schwestern, eine von diesen ist gestorben, die jüngste ist erst 10 Jahre alt.

Der Versuch, ehrlich zu werden.

Weiter teilt Kneißl mit: Als er 1899 aus dem Gefängnis entlassen war, sei er aus München ausgewiesen worden. Er habe alsdann in Ruhbrunn kurze Zeit als Schreinergehilfe gearbeitet, sei aber sehr bald wieder entlassen worden, da der Meister seine Vorstrafen erfuhr. Er habe sich alsdann vielfach vergeblich nach Arbeit, auch um eine Anstellung als Förster beworben. Im Oktober 1899 sei er durch einen Mann, Namens Lorenz, mit Holzleitner bekannt geworden. Lorenz sei ein guter Bekannter von ihm. Holzleitner sagte: Lorenz schide ihn zu ihm, er habe etwas mit ihm zu sprechen. Holzleitner habe nun den Vorschlag gemacht, mit ihm eine Spritzen nach Niederbayern zu unternehmen. In Freydingen sei ein Pfarrhof, der Pfarrer sei ein alter Herr und habe 40—50 000 M. Geld. Dies könne man holen. — Vorl.: Sind Sie auf den Vorschlag eingegangen? — Kneißl: Ich sagte mir, Arbeit bekomme ich doch nicht; wenn ich so viel Geld habe, dann rüde ich aus nach Amerika. — Vorl.: Ist denn nicht auch gesprochen worden, wenn sich jemand in den Weg stellt, dann soll Gewalt angewendet werden? — Kneißl: Nein, das hat er nicht gesagt. — Vorl.: Nun sind Sie mit Holzleitner nach Freydingen gefahren? — Kneißl: Ja, aber mit dem Pfarrhof war es nichts, wir gingen nicht hinein. — Vorl.: Hatte Holzleitner keine Courage, in den Pfarrhof zu gehen? — Kneißl: „Courage“ hält er schon gehabt, aber ich wollte nicht. — Vorl.: Weshalb wollten Sie nicht? — Kneißl: Ich sah Leute im Pfarrhof.

Weiter kommt Kneißl auf seine späteren Räuberthaten zu sprechen und dann auf seine

Gefangenahme.

Am Spätabend des 30. November 1900 kam ich nach Irchenbrunn. Ich klopfte an die Fensterläden des Fiedlbauern Michael Rieger, mit dem schon mein Vater gut bekannt war. Die Frau des Fiedlbauern öffnete. Auf meine Frage, wo der Fiedlbauer sei, sagte die Bäuerin: Dieser sei im Wirtshaus. Ich wagte es aber nicht, in das Wirtshaus hineinzugehen; ich befürchtete, in diesem erkannt und verhaftet zu werden. Ich wartete, bis Rieger aus dem Wirtshaus herauskam. Ich bat Rieger, mir Obdach sowie Speise und Trank zu geben. Rieger ging wieder ins Wirtshaus zurück. Nach etwa einer halben bis dreiviertel Stunde kam Rieger mit Fleisch und Brot und zwei Maß Bier heraus. Wir gingen in das Riegerische Haus. Nachdem Rieger das Haus verschlossen hatte, legten wir uns an den Tisch, um zu essen und zu trinken. — Vorl.: Was wurde vereinbart, wenn die Gendarmen kommen sollten? — Kneißl: Darüber wurde gar nicht gesprochen.

Die Gendarmen und der gefangene Kneißl.

Vorsitzender: Früher haben Sie aber angegeben, Rieger habe gesagt: Es werden drei Gendarmen kommen, die wollen wir alle drei über den Haufen schießen. Kneißl: Herr Präsident, als ich festgenommen war, sagten die Gendarmen: Sie geben doch zu, daß der Fiedlbauer Sie angestiftet hat, die Gendarmen zu erschließen? Ich war am ganzen Körper erzitternd, ich hatte sogar einen Streifschuß in den Kopf erhalten. Ich hatte die schärftesten Schmerzen und wurde noch oben drein heftig geschlagen. Um nun wenigstens nicht weiter geschlagen zu werden, gab ich schließlich alles zu. Ich zeigte den Gendarmen meine Hände, daß ich keine Waffe hatte, ich wurde aber trotzdem fortwährend von den Gendarmen geschlagen. — Vorl.: Sie haben aber vor dem Untersuchungsrichter dieselben Angaben gemacht? — Kneißl: Ich war, als ich von dem Herrn Untersuchungsrichter vernommen wurde, so erschöpft, daß ich nicht wußte, was ich sagte. — Vorl.: Wenn Sie erschöpft waren, so konnten Sie das dem Herrn Untersuchungsrichter sagen, dieser hätte alsdann zweifellos die Vernehmung abgebrochen. — Kneißl: Ich wußte nicht, daß ich das sagen durfte. — Vorl.: Sie haben aber auch verschiedenen Leuten zugegeben, daß Rieger Sie angestiftet hatte, die Gendarmen zu erschließen? — Kneißl: Ich wollte einmal Ruhe haben und zweitens habe ich doch nur vor dem Richter die Wahrheit zu sagen. Es hat doch nicht jeder Mensch das Recht, mich anzufragen. — Vorl.: Sie haben sich aber bei dem Herrn Untersuchungsrichter sehr ausführlich ausgelassen. — Kneißl: Ich wurde von dem Herrn Untersuchungsrichter so viel befragt, daß ich gar nicht mehr wußte, was ich geantwortet habe. Kneißl erzählt weiter in ausführlicher Weise: Es habe plötzlich an die Ladenfenster geklopft. Rieger habe anfänglich nicht öffnen wollen. Er habe sich auf Anraten Riegers in die Küche flüchten wollen. Als die Gendarmen in das Haus treten wollten, habe er geschossen. Er habe die Gendarmen nicht erschließen wollen; wenn er dies gewollt hätte, dann würde er in Mannshöhe gezielt haben. Er habe aber überhaupt nicht gezielt, sondern auf den Boden geschossen. Er wollte lediglich die Gendarmen abwehren. Er konnte auch gar nichts sehen.

Auf Verfragen des Verteidigers Rechtsanwält Dr. v. Pannwitz giebt Kneißl als richtig zu, daß er den Bauern, die ihm Unterschlupf und Verpflegung gewährt haben, viel bezahlen mußte. — Vorl.: Woher hatten Sie Geld? — Kneißl: Ich bekam oftmals Geld von meiner Mutter in München. — Vorl.: Auf welchem Wege erhielten Sie das Geld von Ihrer Mutter? — Kneißl: Durch einen Mann, den ich nicht verraten will, da er verheiratet ist.

Der Verräter.

Es wird hierauf der Angeklagte Fiedlbauer Michael Rieger vernommen. Der Vorsitzende stellt zunächst fest, daß Rieger eine große Anzahl von Strafen wegen großen Unfugs, vorzüglich Körperverletzung, aber auch wegen schweren Einbruchsdiebstahls mit Nachdruck, Ehrverlust und Polizei-Aussicht erlitten hat. Rieger giebt zu, mit dem Vater Kneißls gut bekannt gewesen zu sein. Als Kneißl ihn vor dem Wirtshaus in Irchenbrunn ansprach und ihn um Obdach und Verpflegung bat, habe er sofort den Entschluß gefaßt, den Kneißl

festnehmen zu lassen. Er sei in das Wirtshaus zurückgegangen, habe Fleisch, Brot und zwei Maß Bier herangeholt und sofort der Wirtsfrau gesagt: Draußen steht Kneißl, der will von mir Obdach und Verpflegung haben, ich werde ihm das geben, aber ihn sofort festnehmen lassen. Die Wirtsfrau sagte: Das ist recht, lassen Sie aber den Kneißl nicht entweichen. Ich ging mit Kneißl nach Hause und beauftragte meinen Knecht Griese, sofort die Gendarmerie von der Anwesenheit Kneißls zu benachrichtigen. — Vorl.: Hat Kneißl bemerkt, daß Sie dem Griese einen Auftrag gaben? — Rieger: Das ist möglich. — Vorl.: Sie sollten dem Stationskommandanten Braudmaier Kunde geschworen haben? — Rieger: Das ist nicht wahr. — Vorl.: Sie wurden einmal wegen Verleumdung des Braudmaier zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt? — Rieger: Das ist richtig, Kunde habe ich ihm aber nicht geschworen. Rieger erzählt alsdann weiter auf Verfragen des Vorsitzenden: Kneißl habe den geladenen Revolver in der Tasche gehabt und den Dilling nicht aus der Hand gelegt. Als die Gendarmen an die Fensterläden klopfen, habe er selbstverständlich nicht sofort öffnen können, da sonst Kneißl den Verrat gemerkt hätte. — Vorl.: Hat Sie Kneißl nicht gefragt, wohin Griese gehe? — Rieger: Jawohl, ich sagte, er gehe zu einem Tierarzt wegen eines kranken Pferdes. — Vorl.: Als nun Griese mit den Gendarmen zusammen kam, da hätte doch Kneißl wohl gesehen, daß Sie ihn verraten haben und Sie wohl auch erschossen. — Rieger: Er konnte nicht wissen, daß ich ihn verraten habe. — Staatsanw.: Weshalb haben Sie die Thür zugeperrt? — Rieger: Weil Kneißl sagte: Sperr alles zu, damit niemand hereinläuft. — Staatsanw.: Sie sagten, Sie hätten den Kneißl seit zehn Jahren nicht mehr gesehen, wie konnte nun Kneißl wissen, daß Sie in den letzten drei Jahren mehrfach von Braudmaier angezeigt waren? — Rieger: Das konnte er sehr gut aus der Zeitung erfahren haben.

Die Verhandlung wird hierauf gegen 7¼ Uhr abends auf Freitagvormittag 1/2 Uhr vertagt.

Ueber die Verhandlungen vom Freitag wird telegraphiert: Heute begannen die Zeugenvernehmungen. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte Kneißl, er werde niemand von denen verraten, die ihn, als er flüchtig war, beherbergt und belästigt haben. Die erste Zeugin Bäuerin Scheuer (Oberbimbach) schildert ihre Verabredung durch Kneißl und Holzleitner übereinstimmend mit den von Kneißl zugefügten Thatsachen und bestätigt, daß Kneißl seinen Genossen Holzleitner von der Verabredung des Gintendubens Scheuer abhielt. — Hierauf folgt die Vernehmung des wegen dieses Raubes und anderer Verbrechen bereits verurteilten 23jährigen Tapezierers Holzleitner, der aus dem Gerichtshause vorgeführt wird. Derselbe giebt an, wie er Kneißl zur Teilnahme an dem Einbruch überredete. Kneißl habe anfangs aus Furcht vor Strafe nicht mitmachen wollen. Den Raub in Oberbimbach schildert der Zeuge ähnlich wie Kneißl und sucht im übrigen Kneißl möglichst zu entlasten.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung giebt der Bauernsohn Seib von Paar an, Kneißl habe, als er auf der Flucht von den Ortsbewohnern verfolgt wurde, gedroht, er werde jeden, der herankomme, niederschließen. Der Zeuge selbst erhielt 20 Schrotkörner in den Körper. Die weiteren Zeugenaussagen schildern den Vorgang in ähnlicher Weise. Ueber den Mord an den Gendarmen in Irchenbrunn sagt der Zeuge Dienstinnecht Wöfle aus, er sei vom Knecht des Fiedlbauern an jenem Tage aufgefordert worden, mit ihm aus Altomünster Gendarmerie zu holen, da Kneißl sich bei dem Fiedlbauern aufhalte. Als die Gendarmen mit mehreren Bauernbüchsen abends beim Anwesen des Fiedlbauern anlangten, sei das Licht in der Wohnstube ausgelöscht worden. Zeuge habe gesehen, wie Kneißl vorher die Wohnstube verließ, und schließt daraus, daß der Fiedlbauer das Licht ausgelöscht. Er schildert dann das Eindringen der Gendarmerie ins Haus. Plötzlich seien aus der Küche drei Schüsse gefallen und der Stationskommandant Brandmeier tödlich getroffen worden. Auch der Gendarm Scheidler, der die Schüsse erwiderte, sei kurz darauf zu Boden gestreckt worden. Kneißl habe dann vom Fenster aus dem Fiedlbauern ein Zeichen gegeben. Dieser habe die hintere Hausthür geöffnet, durch welche Kneißl geflohen sei. Ähnlich schildert der Zeuge Stumpf, der beim Eindringen ins Anwesen leuchtete, den Vorfall.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Vierter Wahlkreis. Um den Parteigenossen nach mäßigerer Agitationsarbeit einen künstlerischen Genuß zu bieten, hat der Wahlverein in Südost zu heute abend 8 Uhr in Kl. 8. 8. Festhallen in der Hofenheide ein Künstlerkonzert mit nachfolgendem Tanz veranstaltet. Da das Programm vorzüglich zusammengestellt ist, hofft der Vorstand, daß die Mitglieder und Freunde des Vereins das Fest zahlreich besuchen werden. Billets zu 40 Pfennigen sind in den Zahlstellen zu haben.

Der Wahlverein des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises feiert heute abend im „Schweizergarten“ am Königsplatz sein fünftes Stiftungsfest. Da alles angeboten ist, um die Feier würdig und interessant zu gestalten, so wird auf zahlreichen Besuch gerechnet. Eintrittskarten zu 25 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Bezirksführern zu haben.

Schöneberg. Parteigenossen! Da bei der verflochtenen Wahl am Montag im 1. Bezirk keiner der Kandidaten die absolute Majorität erreicht hat, so findet am Freitag, den 29. November, zur selben Zeit und in demselben Lokal die Stichwahl statt. Es gilt nun, unsere ganzen Kräfte daran zu setzen, damit wir auch in diesem Bezirk unsere Kandidaten durchbekommen. Zunächst findet morgen, Sonntag, von früh 7½ Uhr ab eine Flugblatt-Verbreitung statt, an der sich alle Parteigenossen zu beteiligen haben. Jeder, der gewillt ist, mitzuhelfen, möge sich bei Ständer, Hohenstaufenstr. 80, einfinden.

Rigdorf. Die Parteigenossen und Genossen weisen wir auf das heutige Stiftungsfest des Wahlvereins hin. Der Vorstand hat dafür Sorge getragen, daß den Besuchern recht angenehme Stunden bereitet werden. Der Vorstand.

Zur Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen in Wilmersdorf ist unsere Parteigenossin Fel. Ida Altmann, dortselbst Pfalzburgerstr. 53 wohnhaft, in der letzten öffentlichen Versammlung gewählt worden.

Alt-Glenke. Am Sonntag hält der Wahlverein bei Sachß seine Monatsversammlung ab, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Fritz Zubeil einen Vortrag hält.

Zehlendorf. Dienstagabend 8 Uhr findet im Restaurant Giese, Feltowstr. 23, die Versammlung des Wahlvereins statt. Reichstags-Abgeordneter Zubeil hat das Referat übernommen.

Lokales.

Fromme Wohltätigkeit.

Die Berliner Stadtmision, deren Leitung in den Händen des Herrn Stöder liegt, soll durch ihre Einrichtungen vornehmlich wohltätigen Zwecken dienen. Neben der allgemeinen Fürsorge bietet das Stöderische Institut auch für sündige Seelen solchen Personen, die mit den Strafgesetzen in Konflikt kamen, nach ihrer Entlassung aus der Staatspension Arbeitsgelegenheit und eine Zufluchtsstätte. Daß dieses Institut von denen, für die es in erster Linie bestimmt ist, so wenig in Anspruch genommen wird, und daß die Zahl derer, welche dort längere Zeit unterkommen suchen, so gering ist, sowie die Thatsache, daß diese Arme zum beträchtlichen

Teil Rentenempfänger sind oder Armenunterstützung beziehen, kann nicht wundernehmen, wenn man sich die in dem christlichen Betriebe herrschenden Zustände einmal bei Nichte betrachtet.

Um für die Unterkunftsfindenden Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist im Institut selbst ein Industriebetrieb eingerichtet worden. Dieser zerfällt in eine Tabak- und Cigarrenfabrik, eine Druckerlei, den Buchhandel und die Kunstankalt. Die geschäftliche Leitung dieses Betriebes, mit Ausnahme der Cigarrenfabrik, untersteht dem in weiteren Kreisen bekannten Pastor Evers. Als Herr der Cigarrenfabrik gilt ein Herr P. Marschall. Unter diesem Herrn werden etwa 12 Arbeiter beschäftigt und zwar für einen Stundenlohn von fünfzehn Pfennigen. Die also entlohnten Arbeiter sind angewiesen, Kost und Wohnung im Hof der Stadtmision zu nehmen, wofür pro Tag und Kopf achtzig Pfennige zu zahlen sind; der Vollständigkeithalber soll hinzugefügt werden, daß für die Verpflegung am Sonntag nichts zu entrichten ist. Die Arbeitszeit dauert 10 Stunden, so daß also der Lohn eines der am besten bezahlten Arbeiter täglich 1,50 M. beträgt. Denn als am besten entlohnt muß man diese im Tagelohn Beschäftigten noch bezeichnen, da in dem Musterbetriebe noch, wenn man so sagen will, ein Accoridat befürcht, der so niedrig gestellt ist, daß die in diesem Lohnsystem beschäftigten Arbeiter bei ganz bescheidenen Ansprüchen kaum soviel verdienen, um sich besorgen und kleiden zu können. Ist es doch vorgekommen, daß Zusaffen nach Abzug des Kostgeldes und der Krankenversicherungs- und Invaliditätsbeiträge noch ganze 20 Pfennige herausbezahlt erhielten. Daß unter diesen Umständen von Schaffensfreudigkeit nichts oder sehr wenig zu hören ist, wird jeder mit fünf gesunden Sinnen begabte Mensch einsehen. Einigenmaßen kompensiert wird das leibliche Elend im Betriebe der Stadtmision durch die sehr reichlich bemessenen geistlichen Spenden. Eine Andacht morgens, eine Andacht mittags und eine Andacht abends bietet Stöderischen Trost in Thränen.

Regierung und Milchrieg. Auf Veranlassung des Landwirtschaftsministers tritt am 10. d. M. eine Konferenz von Sachverständigen, Interessenten und Beamten zusammen, um über etwaige Mängel beim Milchverkauf zu beraten. Ein offiziöser Kommentar zu dieser Mitteilung besagt:

Ueber den wirtschaftlichen Kämpfen um die Versorgung Berlins mit Milch wird nur zu leicht vergessen, welche große hygienische Bedeutung der Frage beizumessen ist. Unter diesem Gesichtspunkte aber weist die bisherige Milchversorgung der Hauptstadt Mängel auf, deren baldige Beseitigung im Interesse der Volksgesundheit unerlässlich ist. Besonders, aber nicht allein, sind in dieser Hinsicht zwei Punkte hervorzuheben. Für die gesunde Ernährung der Säuglinge und Kinder im frühesten Alter bildet ein bestimmter Fettgehalt der Milch die unerlässliche Vorbedingung. Die Verwendung von Milch mit geringem Fettgehalt zur Kindernahrung rächt sich durch verstärkte Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre. Die Zulassung des Vertriebes von Halbmilch hat nach dieser Richtung sehr schädlich gewirkt; ein wirtschaftliches Bedürfnis zu ihrer Zulassung besteht sicherlich nicht; im hygienischen Interesse liegt aber der Rücksicht auf den Verkauf und die Beförderung des Betriebes auf Vollmilch mit einem dem gesunden Interesse entsprechenden Mindestgehalt an Fett. Das wirtschaftliche Bedürfnis nach höherwertiger Ware läßt sich dabei leicht im Zusammenhang mit entsprechend höheren Preisen befriedigen. Bei der Bedeutung des Milchgeschäftes von Berlin liegt es ferner im Interesse der Volksgesundheit, daß nur solche Milch zum Verkauf angelassen wird, deren Preiswert von Ansehensvereinen gewährleistet ist. Die vorgängige Sterilisierung der zum Verkauf bestimmten Milch ist daher eine vom Standpunkte der Hygiene unabwendbare Forderung.

Wenn diese Konferenz überhaupt etwas bedeuten soll, dann muß sie ein Resultat haben, das manchen Ringelstein laun behagen dürfte. Wie die Organisation der Milchverkäufer in der am 7. November von uns veröffentlichten Zeitschrift unabweisbar mitgeteilt, hat anfangs d. J. das jetzige Mitglied der Milchzentrale, Oberamtmann Vättnier in der Landwirtschaftskammer erklärt, daß bei Abschaffung der Halbmilch eine große Anzahl der märkischen Milchproduzenten von jeder Milchlieferung nach Berlin ausgeschlossen würde, da die von ihnen produzierte Milch den polizeilichen Anforderungen nicht entspräche. Augenblicklich hält der Ring es freilich auch für angebracht, sich als Feind der Halbmilch zu erklären.

Zu der gestrigen Magistrats-Sitzung wurde der neugewählte Stadtschulrat Voigt für das höhere Schulwesen eingeführt. An Stelle des verstorbenen Rathszimmermeisters Ziegler ist auf Vorschlag der Deputation für die städtische Feuerlöschgesellschaft vom Magistrat der Zimmermeister Otto Meißner zum Rathszimmermeister gewählt worden. Der geschäftsführende Vorstand des deutschen Patriotenbundes zur Errichtung eines Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig hat sich an den Magistrat mit der Bitte um eine jährliche Beihilfe gewandt, um damit die Fertigstellung des Denkmals zu ermöglichen, die verfügbaren Mittel des Bundes wären so ziemlich verbraucht. In Rücksicht, daß die Stadt Berlin schon die Summe von 3000 M. für diesen Zweck beigetragen hat, wurde beschlossen, den Antrag abzulehnen. Auf der Tagesordnung stand ferner noch die Angelegenheit wegen der Verleihung des Titels „Magistratsrat“ an die lebenslanglich angestellten Assessoren des Magistrats, die vom Oberpräsidenten beantragt worden ist.

Die Städtelgesellschaft für elektrische Schnellbahnen teilt zur Befriedigung und Ergänzung unserer bisherigen Nachrichten über die Schnellbahnversuche mit: Anfang September wurde mit den Versuchen auf der königlichen Militäreisenbahn begonnen. Diese Versuche mit den beiden Schnellbahnwagen fanden zunächst unter Vorspann einer Lokomotive statt, um die Wagen einzufahren und in ihren einzelnen Teilen regulieren zu können. Nach Beendigung der Vorversuche wurde mit den elektrischen Fahrten begonnen. Anfangend mit einer Geschwindigkeit von 60 Kilometer in der Stunde, wurde diese nach und nach auf 100, 120, 140 Kilometer gesteigert und erreichte den Höchstwert von 160 Kilometer in der Stunde bei einer Spannung des elektrischen Stromes in der Speiseführung von mehr als 10 000 Volt. Auf europäischen Eisenbahnen ist mit mehr als 130 Kilometer Geschwindigkeit bisher nicht gefahren worden, und die größte, auf amerikanischen Bahnen erreichte Geschwindigkeit soll angeblich 140 Kilometer in der Stunde betragen haben. Die Versuche sind sämtlich günstig verlaufen und haben zu wichtigen Beobachtungen über die Schnelligkeit des Anfahrens und des Bremsens bei großer Geschwindigkeit, über die Sichtbarkeit der Signale, über den Kraftverbrauch, den Luftwiderstand u. u. Gelegenheit gegeben. Die elektrischen Leitungen, die Einrichtungen zur Stromabnahme, die elektrischen Apparate, sowie die Wagen selbst haben sich vorzüglich bewährt, so daß in dieser Beziehung die Anwendung von noch größeren Geschwindigkeiten unbedenklich erscheint. Dagegen wird der übrigens gute und normale Oberbau der Militäreisenbahn nach den gemachten Beobachtungen für eine stärkere Beanspruchung nicht für genügend widerstandsfähig erachtet. Bevor die Versuche weitergeführt werden können, ist deshalb im Interesse der Sicherheit eine Verstärkung des Geleises und Verbesserung der Bettung auf der Versuchsstrecke erforderlich. Ueber den Umfang und die Ausführung dieser Arbeiten werden zur Zeit Erhebungen angestellt.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat es abgelehnt, dem von den Ältesten der Berliner Kaufmannschaft ausgearbeiteten und von der letzten Generalversammlung der Korporationsmitglieder abgeänderten Statutenentwurf für die neu zu errichtende Handelskammer in Berlin seine Zustimmung zu geben. Der Minister beanstandet zunächst den § 21 des Entwurfs, wonach für jede Statutenänderung eine Dreiviertel-Majorität der Mitglieder des Vorstandes der Handelskammer als erforderlich erachtet wird, und ferner den § 22, welcher

der Börse den dritten Teil der Gesamtvertretung in der Handelskammer zuzuschicken will. Zu einem ähnlichen Erfolg werden die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft aufgefordert werden, eine neue Generalversammlung einzuberufen, um eine Änderung des Statutenentwurfs in dem obigen Sinne herbeizuführen. Andernfalls wird das Ministerium selbst die Bildung der Berliner Handelskammer in die Hand nehmen. Die Meldungen, wonach sich der Minister gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts der Börse ausgesprochen haben soll, sind einem hiesigen Blatt zufolge, unwichtig. So läßt man eben einer demokratischen Forderung wenigstens der Börse gegenüber Gerechtigkeit widerfahren.

In den Erkrankungen von Gemeindefürsorgern in der 224. Gemeindefürsorge in der Christenstraße wird berichtet, daß jetzt die Ursache der Erkrankungen erkannt worden ist. Die Heizungsbeamten der Stadt Berlin feststellten, war eines der Abzugrohre der Heizungsanlage der Badestube verstopft gewesen. Die Bedeanlage ist seitdem erst seit dem 1. Oktober d. J. in Benutzung und hat bisher tadellos funktioniert. Hierzu kommt noch, daß Hunderte von Kindern an jenem Tage hintereinander erkrankt haben, ohne daß in der Zwischenzeit die dunstgeschwängerten Räume einmal gelüftet wurden.

Der unter dem Verdacht der Ermordung des Geldverleiher Löffler verhaftete Agent Tomacke, der sich noch immer in Untersuchungshaft befindet, bestritt nach wie vor seine Schuld. Thatsächlich ist es auch bisher noch nicht gelungen, das zu einer Anklage ausreichende Belastungsmaterial gegen ihn herbeizuschaffen. Die Behauptung des Agenten, daß er die Uhr des L. sowie die Postquittung über an L. gefandte 600 M. von dem Geldverleiher zur Aufbewahrung erhalten habe, kann nicht widerlegt werden. Jedenfalls aber hat sich L. in diesem Fall einer Unterschlagung schuldig gemacht, indem er den Besitz der Gegenstände verheimlichte, um das Geld nicht wieder zurückzahlen zu müssen und die Uhr behalten zu können. Schon aus diesem Grunde dürfte der Agent, wenn auch die Anklage gegen ihn wegen Mordes nicht erhoben werden kann, in Haft bleiben.

Aus dem Kampf der Großstadt. Der ehemalige sächsische Hofschauspieler Haupt und ein gewisser Marschal werden sich demnächst wegen eines gemeinschaftlichen listigen Treibens, das nach mehr als einer Richtung im höchsten Grade gemeingefährlich war, vor dem Landgericht I. zu verantworten haben. Die beiden mieteten gemeinsame Junggesellen-Wohnungen, so daß ihre Zimmer neben einander lagen. Zu der Verbindungskammer hatte jeder einen Schlüssel. Als Opfer suchten sie sich ältere Herren aus, die sie angetrunken auf der Straße trafen und zur Unterhaltung in die Wohnung mitnahmen. Hier war alles so eingerichtet, daß der eine des anderen Zimmer auf eine gewisse Zeit unbemerkt betreten konnte. Dem Angetrunkenen zeigte sich nämlich immer nur Haupt oder Marschal allein, niemals beide zugleich. In einem geeigneten Zeitpunkt schlich sich dann der Marschal in das Zimmer des Nachbarn ein und raubte dem Besuch unbemerkt die goldene Uhr oder das Portemonnaie oder auch beides. Die Verstorbenen steckten sich in der Regel, ihren Verlust anzudeuten, da sie sich selbst zugleich in ein schlechtes Licht hätten bringen müssen. Einer aber überwand doch die begriffliche Ehen, und so kam das unheimliche Treiben an den Tag. Es stellte sich heraus, daß die beiden Männer derartige gemeinsame Wohnungen zunächst in der Potsdamer-, dann in der Kronen- und zuletzt in der Wohnstraße inne hatten. Sie mußten sie öfter wechseln, weil sonst ihr Gebahren doch wohl aufgefalle wäre. Marschal wurde festgenommen und sitzt schon seit drei Viertel Jahren in Untersuchungshaft. Seinem Freunde Haupt dagegen gelang es, sich durch die Flucht nach Paris zunächst der Verhaftung zu entziehen. Von Paris wandte er sich dann nach der Schweiz. Hier wurde er schließlich wegen zahlreicher Hotelstehwindeln verfolgt und in Zürich inhaft gemacht. Die Schweiz lieferte ihn hierher aus, so daß demnächst gegen die beiden Freunde zusammen verhandelt werden kann. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Dr. Sawandt übernommen. Von Marschal wurde bald nach seiner Verhaftung festgestellt, daß er in kurzer Zeit nicht weniger als zehn goldene Uhren versteht hatte.

Ein ungewöhnliches Vorkommnis führte gestern zu einer völligen Sperrung der Wilhelmstraße zwischen Büttner- und Anhalterstraße für den Wagenverkehr. Von einem Rollwagen, der aus dem Hause Wilhelmstr. 23 herausfuhr, fiel ein mit Salzsäure gefüllter Ballon auf den Straßenrand. Der Behälter zerplatzte und die ätzende Flüssigkeit ergoß sich über den Fahrdamm. In diesem Moment passierten vier Fußgänger diese Stelle, deren Pferde fast gleichzeitig hinstürzten und in die gefährliche Flüssigkeit fielen. Mit Hilfe von Schülern der nahe gelegenen Polizeiwache und Straßenpassanten wurden zunächst die armen Tiere aus ihrer Lage befreit und sofort auf der Straße mit Wasser und Sand gründlich gereinigt. Jedoch konnte nicht verhindert werden, daß den Pferden die Haare zum Teil von der Salzsäure zerfressen wurden. Um weiteres Unheil zu vermeiden, wurde die Straße an der fraglichen Stelle gesperrt, bis Straßenreiner den Fahrdamm gründlich gereinigt hatten.

Straßenbahnunfälle und kein Ende. Der 18jährige Willi Kesselring sprang gestern nachmittags von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie Schlesischer Bahnhof-Charlottenburg in der Nähe des Amtsgerichts ab, fiel hin und geriet unter die Räder des Anhängewagens. Diese zerstückelten ihm den linken Arm und zerquetschten ihm die Finger der linken Hand so schwer, daß sie abgenommen werden mußten. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht. — Der Maurer Otto Friedrich fiel gestern früh beim Befestigen des Vorderperrons des Anhängewagens eines der Chausseestraße entlang fahrenden Straßenbahnwagen hin und geriet unter den Wagen, der ihn einige Schritte weit mitschleifte. Der anscheinend innerlich schwer Verletzte fand im Krankenhaus Moabit Aufnahme.

Auf dem Bau schwer verunglückt ist gestern nachmittags der 40 Jahre alte Bauarbeiter Wilhelm Krototte aus der Zwinkensänderstraße 70. Er stürzte auf einem Neubau in der Stolperstraße 4 vom Gerüst des zweiten Stockes, auf dem er arbeitete, auf die Kniefläche des ersten Stockes hinab, durchschlug diese und fiel bis ins Erdgesch. Er zog sich schwere innere Verletzungen, Kopfverwunden und Arms- und Beinverletzungen zu. In bedenklichem Zustande wurde er mit einem stropfischen Rettungswagen nach dem Augustahospital gebracht.

Ein seit langer Zeit gesuchter Schwindler ist am Donnerstagabend in der Person des vielfach vorbestraften Reisenden Paul Giesen dingfest gemacht worden. Der Genannte suchte seine Opfer hauptsächlich in Dienstmädchenkreisen. Er operierte in folgender Weise: Unter Vorlegung der Geschäftskarte eines hiesigen photographischen Ateliers nahm er Bestellungen auf Photographien entgegen und ließ sich eine kleine Anzahlung, gewöhnlich von 2 Mark, machen. Erhielt er von den Mädchen ein Geldstück, so konnte er angeblich das überschüssige Kleingeld niemals herausgeben, erbot sich aber zum Wechseln in der Nachbarschaft, um auf Zimmerwiedersehen zu verschwinden. Trotz aller Warnungen in der Presse ist dem Schwindler sein Manöver in einer großen Anzahl von Fällen gelungen. In einem Fall hat G. einem Mädchen auch die Ehe versprochen, trotzdem er längst verheiratet ist. Weitere Anzeigen gegen den Genannten werden in den Polizei-Revieren und bei der Kriminalpolizei in den Vormittagsstunden im Zimmer 48 entgegengenommen.

Straßenverengung. Die Schönleinstraße von der Urban- bis zur Doppstraße wird demnächst Anlage eines Rotauslasses vom 15. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. Freitagmittag am Waldstr. 50 aus nicht ermittelter Ursache ein größerer Dachstuhlbrand aus, der einen erheblichen Teil der Dachkonstruktion und einige Bodenräume einäscherte. In der vorhergehenden Nacht wurde die Wehr fast gleichzeitig nach vier beschiedenen Brandstellen gerufen. In der Waldladestraße 96 brannten Kleider und Wäsche, Friedenstr. 29 Gardinen und Möbel, Altonaerstr. 12 Fußboden und Balkenlage und Keller-

Allianzstr. 21a der Schornstein. Was später erfolgte eine Maximierung nach der Feinst. 21, wo der Fußboden in einem Laden Feuer gefangen hatte.

In der Verhaftung des Verwalters Busch, die wir nach einer Lokalcorrespondenz melden, ist nachzutragen, daß die Maßnahme erfolgt ist, weil Busch im Verdacht steht, sich an Kindern vergangen zu haben. Es ist keine Rede davon, daß er Pensionärinnen ver-gewaltigt hat.

Einen außerordentlichen Ansehens bot Donnerstagabend die freireligiöse Gemeinde ihren in stellers Festjahren in der Stoppelstraße zahlreich versammelten Mitgliedern und Freunden. Es handelte sich um ein von den Herren Alphonse Muzet und Josef Vigel aus Paris veranstaltetes Harmoniumkonzert, an welchem auch die Sängerin Fräulein Rezi Stein mitwirkte. Herr Muzet hat ein Instrument erbaud, welches die Vorgänge einer Orgel und eines Klaviers in erstaunlicher Vielseitigkeit in sich vereinigt. Sind die Töne dieses in den Sonntags-Versammlungen der freireligiösen Gemeinde gespielten Harmoniums an sich schon kaum mit denen eines andren Instruments zu vergleichen, so gestaltete sich die Klavierwirkung unter der Meisterhand der beiden Künstler so überraschend, daß das Publikum immer wieder seine Befriedigung durch einen von Begeisterung getragenen Beifall zu erkennen gab. Und ein gar gewagtes Programm war es, das die Herren Muzet und Vigel zu Gehör brachten. Ein Marsch von Berlioz, auf zwei Harmoniums vorgetragen, dann die gewaltige Tambauer-Suverteüre, ein Handelskonzert für Orgel und Orchester und wiederum einige Lieder von stimmungsvoller Innigkeit. Ganz besonders zeigte sich der vom zartesten Pianissimo bis zur wichtigsten Klangfülle gehende Umfang der Instrumente in dem Vortrag der eignen Kompositionen der Künstler. Dem Harmoniumkonzert stellte sich der Gesang des Fräulein Stein ebenfalls zur Seite. Besonders zeichnete sich die Sängerin in dem Vortrag eines Psalmes aus; ebenso sang sie meisterhaft die „Träume“ von Richard Wagner.

Das Museum für deutsche Volkstrachten hat heute in seinem Heim, Klosterstr. 96, eine Schminkeausstellung eröffnet, die nur bis Montag besucht werden kann. Unter der etwa 1500 Nummern zählenden Sammlung stehen besonders die wundervollen Filigrangegenstände die Aufmerksamkeit auf sich.

Theater. Die Direction des Carl Weis-Theater teilt uns mit, daß vom 25. Dezember ab die Operette auf ihrer Bühne eingeführt wird! Herr Direktor Carl Weis hat zu diesem Zweck Gesangskräfte engagiert und steht mit einer hier in Berlin bekannten Operettensängerin zu einem längeren Gastspiel in Unterbindung! Der künstlerische Direktor des Carl Weis-Theaters, Herr Ernst Ritterfeldt, hat in Paris eine Operetten-Novität für das Carl Weis-Theater erworben.

Auf der Treptow-Tierwarte spricht am Sonntagabend um 7 Uhr Direktor Archenholz über „Die Komien und Sternschnuppen“, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder. Für den 5 Uhr-Vortrag sind die Plätze von der Turner-Vereinigung II belegt. Der Abend ist während der ganzen Woche sehr günstig schon von nachmittags 4 Uhr an bis abends 10 Uhr zu beobachten.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Lichtenberg-Friedrichsberg-Wilhelmsberg erlauben uns, folgendes bekannt zu geben: In der bevorstehenden Errichtung des Gewerbegerichts für unsere Orte nehmen die Arbeitnehmer am kommenden Montag und Dienstag in drei öffentlichen Versammlungen Stellung. Da in diesen Versammlungen, über die ein Inserat am Sonntag Näheres bringt, die Beisitzer und deren Stellvertreter aufgestellt werden, ist die Aufmerksamkeit aller Beteiligten geboten und daher werden auch die Berliner Arbeiter ersucht, uns nach Kräften ihre moralische Unterstützung zu teil werden zu lassen. Die drei Versammlungen sind für die Gruppen der Holzindustrie, der Metallindustrie und der Bau-Industrie eintreffend; die Bekleidungsindustrie, die Nahrungsmittel-Industrie und das graphische Gewerbe wollen sich sofort mit dem Obmann des Wahlkomitees, Karl Liesegang, Berlin O., Schminkestr. 31, in Verbindung setzen.

Das Programm einer kommunalen Gesundheitskommission. Aus Friedrichshagen schreibt man uns: Die am 10. Mai dieses Jahres von der Gemeindevertretung gewählte Gesundheitskommission hat unmittelbar nach der Wahl pflichtgemäß ihre Tätigkeit begonnen. In der letzten Kommissionsitzung wurden die Bemühungen der Kommissionsmitglieder vom Gemeindevorsteher lobend hervorgehoben. Die Kommission hat mit Ausnahme der Rohbauten sämtliche im Gemeindebezirk liegenden bebauten Grundstücke beichtigt. Auf 281 Grundstücken waren Uebelstände vorhanden, bis jetzt sind 54 polizeiliche Aufforderungen ergangen, die Uebelstände zu beseitigen; 207 polizeiliche Aufforderungen werden noch erlassen. Um aber nicht halbe Arbeit zu machen, werden die Revisionen der Grundstücke durch die Kommission unverzüglich häufiger erfolgen; das Programm der Kommission richtet sich vornehmlich auf folgende Punkte: 1. Eine regelmäßige vierteljährliche Untersuchung des Trinkwassers der Säulen; 2. Wird sie die vorhandenen Desinfektions-einrichtung dem Bedürfnisse entsprechend weiter ausbilden und nach den neuesten Erfahrungen einrichten, namentlich eine Desinfektion mittels Formalin und anderer Chemikalien aufstreuen und somit die obligatorische Desinfektion zum Wohle des Ortes zeitgemäß ausbauen; 3. wird sie ihr besonderes Augenmerk richten auf die Wohnungsverhältnisse der un-bemittelten Einwohner und erörtern, welche Mängel daraus entstehen, wenn in beschränkten Räumen zugleich gewerbliche Arbeiten (Schneiderei, Sämelerei etc.) betrieben werden. Weiter lautet das Programm der Kommission: 4. Häufige Besichtigung und Instandhaltung der vorhandenen Anstaltungsgegenstände für die Cholera-Parade. 5. Einrichtung für Erholungs-plätze in staubfreier Luft und demgemäß Anbahnung von Verträgen mit dem Post- und Wasserwerks. 6. Anochen- und Felllager müssen häufig revidiert und hierbei vorhandene Uebelstände sofort beseitigt werden. 7. Befestigung der Schlaft-häuser. 8. Bei den Wäskern und Wadwarenhandlern ist Nach-sicht zu halten, ob sie das Verrotten der Wadware gestatten. Der Transport von Wadware und Fleisch, speziell an den Marktagen, ist polizeilich zu überwachen; eventuell ist der Erlass einer Polizeiverordnung zu beantragen. 9. Die Befestigung der Wad-ankasteln und der Barbierstuben. 10. Anwendung jeder geeigneten Mittel, um die Ausrottung der Mücken herbeizuführen. 11. Ueberwachung der Anlage von Brunnen, insbesondere ist bei Neubauten vor der Ingebrauchnahme des Brunnens das Wasser auf seine Trinkbarkeit zu untersuchen. 12. Von den Nahrungsmittel-Händlern sind in bestimmten Zwischenräumen Warenproben zu entnehmen und diese dem Nahrungsmittel-Untersuchungsamt zur Untersuchung zu überweisen.

Die Gesundheitskommission hat die Hoffnung, daß die von der Gemeindevertretung beschlossene Ver- und Entwässerung in sanitärer Hinsicht von weittragender Bedeutung sein wird.

Uns wird scheinen, daß die Reichshauptstadt aus dem Programm der Gesundheitskommission unfres kleinen Vorort noch manches lernen kann.

Der wegen Unterschlagung amtlicher Gelder verfolgte Bureau-Assistent Kraft von der Friedenauer Gemeindeverwaltung hat sich gestern der Polizei selbst gestellt. Die Unterschlagungen haben, wie jetzt ermittelt worden ist, die Höhe von 9000 M. erreicht und sind im Verlaufe der letzten drei Jahre begangen worden. Die Schwester des Kraft haben sich erbaten, der Gemeinde Friedenau den Fehlbetrag zu ersetzen.

Aus Nixdorf. Von einem Brett, das von einem Wagen herabfiel, getroffen wurde hier der Maurer Karl Schmidt aus der Urbanstraße. Er erlitt einen Bruch des rechten Unterarmes und mußte daher nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden. — Der 33jährige Maurer Paul Kleinschmidt aus der Herrnhuterstr. 88 erhängte sich in

derselben Straße am Stranzengau. — Der Kaufmann Karl Behrend vom Richardplatz 11 wird in Brüg erhängt aufgefunden. In beiden Fällen sind die Motive des Selbstmordes unbekannt. — Das an der Ecke der Berliner- und Schönleinstraße seitens der Stadt erbaute und an den Fiskus verleierte neue Amtsgerichts-Gebäude wird künftigen Montag, den 18. d. M., seiner Bestimmung übergeben werden. Das alte Amtsgericht in der Erlstraße wird von Verwaltungsbüroaus der städtischen Behörden besetzt werden.

Bankrot. Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung beschloß sich mit der bevorstehenden Errichtung eines Gewerbe-gerichts. Von den Arbeitern war beantragt worden, das Gewerbegericht am 1. Januar zu errichten, mit Rieder-Schönhäuser einen Gewerbegerichts-Bezirk zu bilden und eine Sitzung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber anzuberaumen, um etwaigen Wünschen Rechnung tragen zu können. Der Amtsvorsteher teilte mit, daß im Handelsministerium ein Normalstatut ausgearbeitet werde, welches erst Mitte Dezember erscheinen wird. Auf eine Anfrage an möglicher Stelle sei ihm mitgeteilt, daß es nicht ratsam sei, vor der Herausgabe jenes Statuts irgend welche Schritte zu unternehmen; im übrigen würde die bereits gewählte Kommission, wenn es an der Zeit sei, die Arbeiten in die Hand nehmen. Außer dem Genossen Klingenberg, welcher die Anträge begründete, nahm niemand zu dieser Sache das Wort. Die bürgerlichen Vertreter zeigten eine Gleichgültigkeit, der man den Widerwillen gegen die Errichtung eines Gewerbegerichts anlah. Schließlich wurde die ganze Angelegenheit bis zum Zeitpunkt vertagt, an welchem das „Normalstatut“ das Licht der Welt erblicken wird.

Das Haupt einer gefährlichen Spitzbubenbande ist gestern in der Person des Arbeiters Schulze aus der Ostbörserstraße von der Kriminalpolizei in Haft genommen worden. In Panitzsch und Umgebung wurde vor einiger Zeit fast täglich in Villen eingebrochen, wobei den Dieben Teppiche, Betten, Wäsche etc. in die Hände fielen. Trotzdem von den Bestohlenen hohe Summen für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Gegenstände sowie für die Entdeckung der Thäter ausgekehrt waren, gelang es nicht, der Spitzbuben habhaft zu werden. Seit einigen Tagen hat es nun der Kriminalpolizei auf, daß Schulze, ein mehrmals, zuletzt mit Justizhaus vorbestraffter Mensch, in eleganter Kleidung einberies und sich auch sonst durch Geldausgaben verdächtig machte. Ohne daß der Verbrecher eine Ahnung davon hatte, wurde in seiner Wohnung eine Hausdurchsuchung abgehalten, wobei noch ein großer Teil der Gegenstände, die aus den Villen gestohlen worden waren, zu Tage gefördert wurde. Schulze, der sofort in Haft genommen wurde, leugnete auch nicht, an den Diebstählen beteiligt gewesen zu sein, weigert sich aber, die Namen seiner Komplizen zu nennen. Mit welcher Frechheit die Diebe bei ihren nächtlichen Raubzügen vorgegangen sind, geht daraus hervor, daß sie sich zum Fortschaffen der gestohlenen Waren eines Möbelwagens bedienten.

Gerichts-Beilage.

Eine sonderbare Geschichte beschäftigte gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Der Geldwechsler Adolf Fränkel, der das Opfer eines Raubansfalls geworden sein wollte, gab von dem Vorfalle folgende Schilderung: Er ernährte sich dadurch, daß er Nidel- und Silbermünzen von den Pferdebahn-Bureaus und andern Geschäftsstellen gegen Gold einwechselte und dafür eine kleine Provision erhalte. Am Vormittage des 30. August d. J. hatte er für etwa 500 M. Scheidemünze eingesammelt. Er trug das Geld in einer Ledertasche auf der linken Schulter, den Riemen der Tasche um den Hals gelegt. Als er den Platz des Hauses Weinbergsweg 11c, in dem sich seine Wohnung befand, betreten hatte und im Begriffe war, die vier Stufen hinaufzugehen, die zum Treppentor führten, hörte er, daß ihm jemand folgte. Er sah sich um, und als er gewahrte, daß es ein Mann war, der den Eindruck eines Bettlers machte, blieb er stehen. Der vermeintliche Bettler ging an ihm vorüber, drehte sich dann plötzlich um und verlegte ihm einen wuchtigen Faustschlag mit der Linken gegen die rechte Schläfe, wobei er zugleich mit der Rechten an dem Riemen der Tasche zerrte, um sie dem Tragenden von der Schulter herabzurufen. Der Angreifer eilte an Fränkel vorüber nach der Straße, von dem letzteren unter steten Hilferufen verfolgt. Als Fränkel ihn eingeholt hatte, erbielt er von ihm einen Stoß gegen die Brust, daß er zu Boden fiel. Dann erschien ein Schuhmann, der die Verletzung des Mannes vornahm. Auf der Wache wurde dessen Persönlichkeit als die des 60jährigen Instrumentenmachers Anton Czetzki festgestellt, eines Mannes, der vielfach vorbestraft und jahrelang bettelt in Deutschen Reichs umhergezogen ist. Kurz vor der Wache hatte der Angeklagte sich eines höchst verdächtigen Gegenstandes zu entledigen versucht. Es war ein kleines Täschchen aus Leinwand, innen mit einem wasserdichten Gummistoff gefüllt. In der Tasche befand sich ein feuchter Schwamm. In der Ledertasche des Verhafteten fand man ein kleines Fläschchen, zur Hälfte mit einer klaren Flüssigkeit gefüllt, die denselben Geruch hatte, wie der Schwamm. Es wurde angenommen, daß der Verhaftete, mit Betäubungsmitteln versehen, auf Raub ausging. Nach dem Gutachten des Gerichts-Schmieders Dr. Jegerich hat das Fläschchen nur denaturierten Spiritus enthalten.

Der Angeklagte bestritt den ganzen Raubansfall und suchte der ganzen Geschichte einen äußerst harmlosen Anstrich zu geben. Nicht der Junge Fränkel, sondern er habe zuerst das Haus betreten. Er leide häufig an Kopfschmerzen und da verschaffe er sich durch Waschen der Stirn mit Franzbranntwein Erleichterung. Dazu führe er den Schwamm bei sich. Wenn man ihn in einer Droguenhandlung denaturierten Spiritus austauscht Franzbranntwein gegeben habe, so könne er nicht dafür. An dem betreffenden Tage habe er sich ebenfalls die Stirn benehen wollen und sei zu dem gedachten Zwecke in das erste beste Haus gegangen. In dem etwas dunklen Eingang zum Treppentor habe er die Wohnung vorgenommen. Wie er so, den angefeuchteten Schwamm in der Rechten haltend, in etwas gebückter Stellung gefanden habe, sei Fränkel an ihm vorübergegangen und vor ihm stehen geblieben. Er, der Angeklagte, habe gefragt: „Was wollen Sie von mir?“ Dabei habe er vielleicht die Rechte unwillkürlich erhoben und Fränkel sei mit dem feuchten Schwamm in Verührung gekommen. Weiter sei nichts passiert und die Angaben des Jungen Fränkel beruhen vielleiht auf aus übertriebener Angst hervorgerufenen Phantasiegebilden. Als Fränkel ihm mit Schimpfworten auf die Straße gefogt sei, habe er ihm gesagt, er sei ver-rückt. Außerdem habe er demselben schließlich einen Stoß ver-setzt, aber erst, nachdem Fränkel einen Stein gegen ihn erhoben. Den Schwamm habe er fortgeworfen, weil er gefährlich habe, daß man es gegen ihn ausbenten könne.

Die Beweisnahme spielte im wesentlichen darin, daß dem Angeklagten nachzuweisen war, nicht er, sondern der Junge Fränkel habe das Haus zuerst betreten. Es traten eine Anzahl Zeugen auf, welche mit voller Bestimmtheit behaupteten, daß der Angeklagte dem Jungen Fränkel beim Betreten des Hauses auf dem Fuße gefogt war. Gegen den Angeklagten sprach femer der Umstand, daß er bei seiner Verhaftung nur im Besitz von 20 Pf. war. — Der Staats-anwalt Dr. Aug hielt den Angeklagten für überführt und beantragte bei den Geschworenen, die Schuldfrage zu bejahen. — Der Verteidiger, R.-A. Steinschneider, meinte dagegen, daß die Sache nicht genügend auf-gelärt sei, der Junge Fränkel sei wahrscheinlich ein Opfer seiner Phantasie geworden. Der Umstand, daß der Angeklagte den Schwamm fortgeworfen habe, könne nicht gegen ihn verwertet werden. Der Angeklagte sei kein Räuber, sondern ein gewöhnlicher Bettler.

Nach kurzer Beratung verneinte die Geschworenen sämtliche Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Aus Kassel wird berichtet: Das Schwurgericht verurteilte heute den ehemaligen Stationsdiätar Wilhelm Rathgeber aus Gshwege, welcher am 3. Oktober auf den holländischen Kaufmann

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr:
Morgensprache der Hobler, Bohrer, Fräser usw.
bei Diefle, Adlerstraße 123.

Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal
des Herrn Reihner, Chausseestraße 72:
Feilenarbeiter-Versammlung.

Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Apollo-
Theater, Hermannstraße 50:
Bezirksversammlung für Rixdorf.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wenk. 2. Diskussion. 3. Verbands-
angelegenheiten. 122/6
Zahlreichen Besuch erwartet

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Achtung! Achtung!
Fabrikarbeiter und -Arbeiterinnen Rummelsburgs.
Sonntag, den 17. November cr., nachmittags 2 Uhr:
Gr. öffentl. Versammlung
bei Weigelt, Türschmidtstr. 15, Ecke der Goethestraße.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Kollegin Frau Kiesel über: Krisen und Krisen-
wirkungen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 64/17
Um zahlreichen Besuch bitten. Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Maurer

Bezirk Süden.
Sonntag, den 17. d. M., abends 5 1/2 Uhr, im Lokal von Ewald,
Schönleinstr. Nr. 6:
Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung: Vortrag über die Hausversicherung.
Nach Schluss der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Um rege Beteiligung aller Kollegen und Frauen im Süden ersucht
144/17 Der Obmann des Bezirks.

Achtung! Achtung! Große Versammlung aller Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse

(Fabrikasse)
am Sonntag, den 17. November, vormittags 9 1/2 Uhr,
im „Palast-Theater“ (fr. Feernplatz), Burgstr. 22, Eing. Wolfgangstraße.
Tages-Ordnung:
1. Das Urteil des Reichsgerichts in unserer Klage mit der Allgemeinen
Elektrizitäts-Gesellschaft und die Weiterführung im Verwaltungsstreitverfahren
und Was bezwecken unsere Anträge zur außerordentlichen General-
Versammlung am 11. Dezember d. J. Referent: Reichstags-Abgeordneter
Arthur Stadthagen. 2. Die Erhöhung der Beiträge und des Krankengeldes
und die Ergebnisse des Apotheken-Boykotts. Referent: Kollegen
Gries und Albrecht. 3. Verschiedenes.
Jeder Delegierte ist verpflichtet, für regen Besuch der Versammlung
zu sorgen. Die Kommission der Delegierten.
292/15 J. K. E. Naumann, Landbörner-Platz 147.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 18. November, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlungen
Indreadstraße Nr. 26.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kaliski über:
Die Arbeitslosigkeit und die bürgerliche Gesellschaft. 2. Diskussion.
3. Anträge und Wahl. 4. Verschiedenes.
Die Kollegen von Gursch, Fruchtstr. 8, sind hiermit eingeladen.

Weissensee, Rölkestr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Unsere Organisation früher und jetzt. 2. Ge-
werkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher mitzubringen.
148/5 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Branche Korbmacher.
Sonntag, den 17. November 1901, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 127/17
Morgensprache.
Um zahlreichen und pünktlichen Erscheinen bitten Die Kommission.

Verband der Maschinen- und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands. Verwaltungsstelle Berlin und Umgebung.

Sonntag, den 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, in Cohns Fest-
sälen, Bentzstraße 20:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme der Reichstags-Vereinigung zu dem Beschluss des Verbands-
vorstandes betreffend die Einführung des obligatorischen Fondsartenlebens.
139/12 Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen in Berlin.

Bekannt Wahl von Vertretern zur General-Versammlung pro
1902/1903 (§ 49 d. St.) werden die Kassennmitglieder zum Sonntag, den
24. November 1901, vormittags von 9-12 Uhr, in den nachstehend
bezeichneten Lokalen hiermit ersucht eingeladen.
Die Wahl der Vertreter der Kassennmitglieder erfolgt in vier Ab-
teilungen.

Abteilung I umfasst alle Kassennmitglieder, die in Betrieben arbeiten,
welche im Süden und Südosten Berlins gelegen sind, sowie alle freiwilligen
Mitglieder (§§ 5 u. 9 d. St.), welche im Süden und Südosten Berlins und
in den Vororten Treptow, Nieder-Schöneweide, Johannisthal, Oranien-
au, Köpenick, Nixdorf und Britz ihre Wohnung haben.
In dieser Abteilung sind 64 Vertreter zu wählen. Das Wahllokal
befindet sich bei Graumann, Ranninstr. 27.

Abteilung II umfasst alle Kassennmitglieder, die in Betrieben arbeiten,
welche im Westen, Südwesten und im Centrum Berlins gelegen sind, sowie
alle freiwilligen Mitglieder, welche im Westen, Südwesten und im Centrum
Berlins und in den Vororten Tempelhof, Schönhausen, Friedrichsfelde,
Reichenberg, Pankow, Wilmersdorf, Schmöllern und Halensee ihre
Wohnung haben.
In dieser Abteilung sind 98 Vertreter zu wählen. Das Wahllokal
befindet sich in den „Arminhaken“, Kommandantenstraße 20.

Abteilung III umfasst alle Kassennmitglieder, die in Betrieben arbeiten,
welche im Norden und Nordwesten Berlins gelegen sind, sowie alle frei-
willigen Mitglieder, welche im Norden und Nordwesten Berlins und in den
Vororten Charlottenburg, Spandau, Zehlendorf, Reinickendorf, Schönewald,
Pankow, Nieder-Schönhausen und Französisch-Buchholz ihre Wohnung haben.
In dieser Abteilung sind 81 Vertreter zu wählen. Das Wahllokal
befindet sich bei Hellmann (Wedding-Part), Müllerstraße 178.

Abteilung IV umfasst alle Kassennmitglieder, die in Betrieben arbeiten,
welche im Osten und Nordosten Berlins gelegen sind, sowie alle frei-
willigen Mitglieder, welche im Osten und Nordosten Berlins und in den Vororten
Weißensee, Heinersdorf, Hohen-Schönhausen, Lichtenberg, Friedrichsfelde,
Hoyersdorf-Rummelsburg, Straus, Karlshorst, Ober-Schöneweide und
Friedrichshagen ihre Wohnung haben.
In dieser Abteilung sind 52 Vertreter zu wählen. Das Wahllokal
befindet sich bei Brochnow, Weberstraße 17.

Die Wahl beginnt in allen Abteilungen um 9 Uhr vormittags und
wird um 12 Uhr mittags geschlossen.
Wahlberechtigt und wählbar sind männliche und weibliche Mitglieder,
welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.
Zur Legitimation dient das Mitgliedsbuch und werden die
Arbeitgeber gebeten, dasselbe mit ihrem Firmenstempel zu versehen und
den Mitgliedern beifügen zu lassen, um die Wahl auszuhandeln.

Die Arbeitgeber wählen in ungeteilter Wahlversammlung 136 Ver-
treter. Die Wahl derselben findet statt am Montag, den 25. November
1901, abends von 7-9 Uhr, im „Mischdier Hof“, Kaiser Wilhelm-
straße 9, 1. Treppe.
Wahlberechtigt sind alle Arbeitgeber, welche für die bei ihnen Beschäftigten
Personen Beiträge zu einem Mittel zu abzugeben sind. Jeder Arbeitgeber führt bei der Wahl eine Stimme. In Betrieben können
auch Betriebsführer und Betriebsbeamte gewählt werden.
Für die Form und Leitung der Wahlen sind die Bestimmungen des
Statuts (§§ 28 Abs. 3-5) maßgebend.
Berlin, den 15. November 1901.
295/17 Der Vorstand. R. Weiss, Vorsitzender.

Achtung, Gewerkschaften!

Bezugnehmend auf die heutige Bekanntmachung der „Allgemeinen
Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen“
ersuchen wir die betreffenden Gewerkschaften, dafür zu sorgen, daß die Wahl-
teilnahme eine rege wird. Stimmzettel werden am Eingang verteilt.
1895b Die Dreizehner-Kommission.

Achtung! Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe Berlins.

Am Sonntag, den 17. November cr., findet im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal III, in der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags
2 1/2 Uhr die Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer statt.
Der Wichtigkeit der Sache wegen fordern wir sämtliche Mitglieder,
welche das 21. Lebensjahr vollendet haben, auf, von ihrem Wahlrecht,
welches nur wenige Minuten in Anspruch nimmt, Gebrauch zu machen.
Mitgliedsbuch legitimiert. 275/18
Der Vorstand. Bernh. Jost, Vorsitzender. Georg Bässler, Schriftführer.

Achtung! Maurer Rixdorfs. Achtung!

Sonntag, den 17. November, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Versammlung sämtlicher organisierten Maurer mit Frauen
im Lokal des Herrn Lanekner, Bergstraße 151-152.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Frau Mesch über: „Die Frau im wirtschaf-
tlichen Kampfe“. 2. Diskussion. 144/16
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Gesangsverein
„Reine Sänger“ wird die Versammlung durch Gesang eröffnen und schließen.
Nach Schluss: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Guten Besuch erwartet Die örtliche Verwaltung.

Achtung! Weißensee. Achtung!

Am Dienstag, den 19. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
des Herrn Kühne, Rölkestraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fr. Tutzauer über: „Das
neue Gewerkschafts-Gesetz“. 2. Diskussion. 3. Anträge zum Gesetz.
4. Verschiedenes. 127/15
Der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht
eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Frauen
und Mitglieder anderer Gewerkschaften haben Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandter Gewerbe Berlins.

Am Sonntag, den 17. November cr., findet im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, Saal III, in der Zeit von vormittags 10 bis nachmittags
2 1/2 Uhr die Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer statt.
Der Wichtigkeit der Sache wegen fordern wir sämtliche Mitglieder,
welche das 21. Lebensjahr vollendet haben, auf, von ihrem Wahlrecht,
welches nur wenige Minuten in Anspruch nimmt, Gebrauch zu machen.
Mitgliedsbuch legitimiert. 275/18
Der Vorstand. Bernh. Jost, Vorsitzender. Georg Bässler, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Verfertigung von Musikinstrumenten.

Sonntag, den 23. November 1901,
abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Schulz, Grenadierstr. 33:
**Ordentliche
General-Versammlung,**
wobei die Herren Vertreter der Ar-
beitgeber u. Arbeitnehmer ersucht
eingeladen werden. 275/19
Tages-Ordnung:
1. Vorstandswahl 2. Arbeitgeber,
3. Arbeitnehmer. 2. Wahl des Aus-
schusses zur Prüfung der Jahres-
rechnung pro 1901. 3. Stellungnahme
zu der von der Aufsichtsbehörde ge-
forderten Beitragserhöhung, oder
Herabsetzung der Kassentragungen.
4. Verschiedenes.
Um vollständiges Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher.

Freitag, den 22. November cr., abends
9 Uhr, Schönhauserstr. 39:
**Ordentliche
General-Versammlung**
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung
der Rechnung des laufenden Jahres.
2. Wahl des Vorstandes, 6 Arbeit-
nehmer, 3 Arbeitgeber.
3. Beschlußfassung über Abänderung
des § 29 des Statuts, bezw. des
2. und 3. Satztrags des Statuts,
betrifft Erhöhung der Beiträge um
20 Proz.
4. Beschlußfassung über eine den Vor-
standsmitgliedern zu gewährenden
Vergütung von 1 M. für jede
Vorstandsitzung.
5. Beschlußfassung über Erhöhung des
Krankengeldes von 3 M. auf 3,50 M.
pro Jahr und Kopf der Mitglieder-
zahl, resp. Beibehaltung oder Erhö-
hung der freien Krzewahl.
6. Verschiedenes.
Hierzu ladet ein
Der Vorstand. 1901b
G. Pätzsch, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Ordentliche
General-Versammlung
am Montag, den 25. November,
abends 8 1/2 Uhr, im Feind's Lokal,
Bismarckstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Wahl zweier Vorstandsmitglieder.
2. Wahl des Rechnungs-Prüfungs-
Auschusses für 1900. 3. Festsetzung
des Gehaltes des Rentanten. 4. Wahl
des Rentanten. 5. Beschlußfassung
über den Kasse-Kontrakt. 6. Statuten-
änderung. 7. Verschiedenes. 275/20
Um pünktliches Erscheinen der Dele-
gierten ersucht Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stuccateure u. verw. Gewerbe zu Berlin.

Montag, den 25. November cr.
abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal
Kunzestr. 16 die statutenmäßige
**Ordentliche
General-Versammlung**
statt, wozu die Vertreter unserer Kasse
hiermit eingeladen werden. 270/1
Tages-Ordnung:
1. Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern
(1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Ausschusses zur Prüfung
der Jahresrechnung pro 1901. 3. Be-
schlußfassung über den Beitrag mit
unsern Kassennägeln für 1902. 4. Ge-
samtliche Mitteilungen (Berichterung
der Kassendirektoren; Bericht über
den Stand des Apothekenstreiks usw.).
Der Vorstand. 275/20
J. K.: Conrad Storch, Vorsitzender.

Musikwerke, selbstspielend,

sowie 3. Treten bei nur gering. Teilg.
265/2 J. Kurzbarg,
Landbörgerstr. 13, part.

Billig! Stannend Billig!

Offeniere Winterpaletots, Jackettanzüge, Rodanzüge, Loden-
joppen, Reinfleider, sowie Monatsanzüge, Paletots, fast neu; auch für
torpente Figuren poffend. 2702/2
J. Wand, Prinzenstr. 17, an der Wasserthorstrasse.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Hercules tragen.
Allen-Berlin. Sehr starke Ware in
praktischen grauer u. brauner Streifen.
Damen u. vorn am Bund aus einem
Stück gearbeitet. Riethöpfe u. Kapu-
näthe. Felte Leder-Pilot-Taschen,
Wohle-Falten usw. Die Hose
bei Entnahme von 4 Mf. 50
6 Stck 26 Mf.

Bei blauen Reiter-Jackett 1 M. 50
Reit blaue Reiter-Jacke 1 M. 50
Bei blauen Reiter-Jackett
Prima Reiter-Gewebe 2 M. 50
Bei blauen Reiter-Jacke
Prima Reiter-Gewebe 2 M. 10
Prima Reiter-Jacke 2 M. 45
Reiter-Jacke (Kauf) 13.- 9.-
Operations-Mantel f. Ärzte
4,75- 3 M. 40
Reiter-Mittel 3.- 2,50, 2 M.
Reinw. Mittel (Kauf) 3.- 2 M. 40
Weiches Leder-Jackett, dreifach
gefüttert 7 M. 50
Weiße Lederhose, Prima Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Chaussestr. 21a/25. Pradenstr. 11.
Gr. Franzstr. 20.
Die 18. Preisliste der Saison 1901/1902
über gesamte Herren- und Frauen-Be-
kleidung (Ausgabe 1 Million) wird
kostenlos und portofrei zugrundet.
Verband von 20 M. an franco —
Bei Bestellung genügt Angabe der
Größe u. Bandweite u. Schicklinge.
Obige Preise gelten für normale
Größen. 2950/2
Nachdruck verboten

General-Versammlung der Vertreter der Arbeiter für die Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Selbst- und Zinngießer, hier,

findet am Sonntag, den 24. No-
vember cr., vorm. 10 Uhr, im
Lokale des Herrn Jannack, S.
Julestr. 10, statt, wozu sämtliche
Vertreter hiermit eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
1. Berichterung der Protokolle. 2. Wahl
von vier auscheidenden Vorstands-
mitglieder der Arbeitnehmer. 3. Wahl
des Ausschusses für die Prüfung der
Rechnung des laufenden Jahres.
(§ 48 Ziffer 1 des Statuts). 4. Ber-
sorgung und Beschlußfassung über den
Dienstvertrag des Rentanten. 5. Ver-
schiebenes. 1900b
Berlin, den 15. November 1901.
Der Vorstand.

Damen-Paletots

enorm billig.
Jetzt nach beendetem En-
gros-Saison verkauft die
Damen- u. Kinder-Blänkel-
Fabrik
Heinrich Rackwitz,
Niederwallstraße 28-29;
I. Etage, al. a. Spittelmarkt,
4. Haus rechts, Sonnabend,
den 16. Sonntag, Montag
und Dienstag von vormittags 8 bis
abends 9 Uhr folgende Konfektion zu
spottbilligen Preisen.
1906b von Kurt
Eleg. Winter-Jackotts, G. Bearbeit. 5,75
Chiko Paletots in Idm. u. farbig 8,50
Mod. Volant-Paletots u. Futter 22,50
Kinder-Jackotts u. Palet. in Gr. 4,75
Golf-Capes, farbige Knospen 5,85
Eleg. Golf-Capes in weis. Stoff 12,75
Eleg. Eskimo-Capes, Tailormade 22,50
Wattierte Röder und Capes 9,50

Allen Brillenbedürftigen

empfiehlt sich das altrenommierte Institut für Präzisions-Optik von
Ernst Riek vorm. H. Richter, Berlin N., Weinbergsweg 15b,
zweites Gesch. vom Rosenhauer Thor.
Bitte genau auf Firma zu achten, da sich in der Nähe
noch andere gerätige Geschäfte befinden.
Fachgemäßes Anpassen der Augenlinsen, sowie der Brillen und
Fingerringe nach Kopf- und Nasenform.
Spezialität:
Theater- u. Reiseperspective.
Triumph mit Leder-Linse und
Rosen, groß, Mk. 8.-
Excellors mit Leder-Linse, zwei
Rosen und Compass Mk. 12.-
Ganz besonders zu empfehlen sind
meine Serien Monopol u. Rapid.
Monopol: Glas mit grosser Licht-
stärke, klein, Mk. 12.-
gross 15.-
Rapid: Combination für Reise
und Theater, No. 1 klein 15.-
alle extra 2 mittel 22.-
scharf 3 gross 29.-
**Garantiert achromatische
Theatergläser** von Mk. 5.- an
Grosse Auswahl in Barometern,
Thermometern, Reisezeugen,
Dampfmotoren, Betriebsmodellen,
Eisenbahnen, Laterna magica.
Photographische Apparate
in allen Preislagen.
Elektrische Lehrmittel.

Ganz umsonst und portofrei

Man kann sich jeder von uns für entsprechenden Wert Waren erwerben.
(Wir bitten jedoch nicht mit Coupons oder Gutschein zu verwechseln.)
Man verlange Prospektkatalog fürs Jahr 1901 nächst nächster Ausgabe eben-
falls gratis u. franco. • Derselbe enthält außer aufgelistet: Rasiermesser noch
Kassenschlüssel, Taschen, Tafelmesser und Gabeln, Scheren, Brot-, Schmalz-,
Fennelröhren, Feldstecher, Schuh- und Stiefelmaschinen, Wagen und sonstige Schmalz- und Haushaltungszubehör.
Gleichzeitig offerieren wir, damit sich jeder von der Güte u. Qualität unserer Waren (ohne Risiko) über-
zeugen kann,
Rasiermesser No. 64
für nur Mk. 2,00, 14 Tage zur Probe
mit 5 Jahren Garantie, und Silberzahl genau wie
Zeichnung, kein hoch gefülltes, fertig zum
Gebrauch, sehr Formvoll, mit halb-
barer imitiertem Gold-
einlage, mit hoch-
feinem Stahl.
Besteller verpflich-
tet sich, obigen Be-
trag einzulösen
oder das
Messger zu retourn.
Stahlwerkzeugfabrik, Gräfrath Nr. 714
Gegründet 1870. bei Solingen.
Mehr wie ein Stück nur gegen Nachn.
Bitte genau auf unsere Firma zu achten.
Gebüder Bell,

An die Eisenbahner!

Die wirtschaftliche Krise, die sich bis vor kurzem nur auf Privatbetriebe erstreckte, greift jetzt mit unheimlicher Geschwindigkeit auch auf das Gebiet der Staatsbetriebe hinüber. Vor allen sind es die Staats-Eisenbahnen, die mit Kündigungen und Entlassungen vorzugehen. Aus allen Richtungen berichtet die Presse über Personalreduzierungen, Arbeitszeit-Verkürzungen und als deren Folge Lohnherabsetzungen, die von staatlichen Betrieben in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges vorgenommen, ungeheuer niederschlagend auf die gesamte übrige Arbeiterschaft zurückwirken müssen.

Durch den ständigen Rückgang des Verkehrs, der bereits eine Mindereinnahme von 14 083 000 M. in den ersten neun Monaten dieses Jahres brachte, sah sich das Ministerium der öffentlichen Arbeiten genötigt, in einem Erlaß des Ministerialdirektors Kirchhoff vom 4. September ausdrücklich zu betonen, daß die Eisenbahn-Verwaltungen sich auch beim Sinken der Löhne der allgemeinen Geschäftslage anzuschließen haben und da ebenfalls eine Verminderung des Personals und des Lohnaufwandes durch Einführung des Stützlohnes oder Prämienverfahrens zu erfolgen habe. Vor allen Dingen muß gespart werden, und deshalb erfolgten Arbeiterentlassungen.

Wenn nun später behauptet wird, daß die Entlassung von Arbeitern ausdrücklich untersagt und angeordnet worden ist, daß entbehrlich werdende Arbeiter an anderer Stelle, wo Lücken entstehen, wieder eingereicht werden sollen, so ist dieser neue Erlaß eben ein Widerruf des früheren.

Trotzdem ein solcher Erlaß ergangen sein soll, wird immer lustig weiter entlassen. Nicht wegen Arbeitsmangel, nein, die Handelskammer-Berichte von einigen Direktionen eingefordert, lauten fast alle noch günstig. Wenn eine Zunahme des Verkehrs nicht zu erwarten ist, so wird derselbe doch nicht viel unter das Niveau des Vorjahres heruntergehen. Wie trotzdem vorgegangen wird und werden soll, läßt sich erst richtig ermessen und würdigen nach dem Besen folgenden Erlasses:

Eisenbahn-Nachrichtenblatt Nr. 76.

Berlin, den 25. Oktober 1901.

Nr. 568. Betreffend Weiterbeschäftigung von Ausfallsbediensteten und Arbeitern.

Unter Bezugnahme auf die den königl. Eisenbahndirektionen in Einzelerlassen und in allgemeinen Verfügungen, namentlich im Erlaß vom 4. September d. J. — VA 7298 — erteilten Weisungen mache ich wiederholt darauf aufmerksam, daß Ausfallsbedienstete und Arbeiter, die infolge des Verkehrsrückganges und der dadurch eingetretenen Abnahme der Dienstgeschäfte, insbesondere auf den Rangier- und Umlade-Bahnhöfen, sowie auf den Zugbildungs-Stationen und in den Reparaturwerkstätten entbehrlich geworden sind, gleichwohl aus diesem Anlasse unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst zu entlassen sind. Solche Personen sind vielmehr in geeigneter Weise anderweitig zu beschäftigen und überall da zu verwenden, wo infolge des natürlichen Auscheidens von Arbeitskräften Bedarf eintritt. Bei einer so großen Verwaltung wird es auf diese Weise in unverhältnismäßig kurzer Zeit gelingen, den Personalstand dem Geschäftsumfang anzupassen. Bei den hierdurch erforderlichen Ueberweisungen von Arbeitern an andere Dienststellen ist nach Möglichkeit zu vermeiden, daß Arbeiter, welche eine Familie zu ernähren haben, nach anderen Stationen verlegt werden. Selbstverständlich bezieht sich diese Anordnung auf solche Personen nicht, die von vornherein nur für eine bestimmte Arbeit vorübergehend in Arbeit gestellt und hiervon sogleich bei der Arbeitsüberweisung verständigt worden sind.

An die kgl. Eisenbahn-Direktion VA 8518.

Demnach wären also alle Arbeiter zu Unrecht entlassen, denn es handelt sich um Arbeiter, die nicht vorübergehend, sondern 8, 4, 7, 8 und 10 Jahre, in einem Fall sogar 15 Jahre im Eisenbahndienste thätig waren. Der letztere Fall wurde aus Pöschel gemeldet. Es war ein Arbeiter des Streckendienstes, dem mit noch 30 Kollegen das schreckliche Los traf. Der Mann weinte wie ein kleines Kind, als er die Abkehr erhielt; die beste Zeit seines Lebens hatte er dem Eisenbahndienste gewidmet, nun muß er möglicherweise betteln

gehen. Außerdem sind unter den bisher Entlassenen welche, die für den Bahnwärter- und Telegraphendienst ausgebildet und examiniert waren.

Ganz eigenartige Praktiken belieben die Direktionen bei den Entlassungen, indem man ältere Arbeiter abzuschieben sucht und jüngere dafür an ihre Stelle setzt. Durch den oben erfolgten Erlaß ist den Decernenten das Gewissen geschärft und sind einige Kündigungen rückgängig gemacht worden, nur fragt es sich, ob die Entlassenen in ihre alten Rechte wieder eintreten oder als „Neueingetretene“ behandelt werden.

Aus Magdeburg-Budau wird uns z. B. gemeldet, daß in der dortigen Werkstatt den Entlassenen von den Werkmeistern der Rat erteilt wurde, sobald sie nach Hause kommen, gleich bei der Inspektion wieder um Einstellung nachzusuchen.

Wenn man bedenkt, daß durch den Abgang der Militärpflichtigen eine Ergänzung nicht erfolgt, daß ferner die Entlassungen schon in beträchtlicher Anzahl erfolgt sind, so kann man ermessen, in welchem Umfange der Personalbestand reduziert worden ist. Die Folgen, die sich zeigen werden in einer zunehmenden Betriebsunsicherheit, werden nicht ausbleiben.

Um aber einen vollen Ueberblick über den Umfang der Entlassungen und den daraus entstehenden Folgen, wie Eisenbahn-Unfälle, Ausfälle der Angestellten, Arbeitszeit-Verkürzungen und Lohnreduzierungen zu gewinnen, bitten wir, derartige Meldungen an die Redaktion des „Vorwärts“, S. Johanne, Ausfallslager-allee 32, Damburg 23, gelangen zu lassen.

Es handelt sich hauptsächlich darum, das eingehende Material zu verarbeiten, damit es den Abgeordneten der Landtage und des Reichstags bei den Etatsberatungen zur Verfügung gestellt werden kann. Im Interesse der für uns so wichtigen Sache bitten wir alle Eisenbahner und deren Freunde, uns in diesen Bestrebungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Der Vorstand

des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands.

Möbel kauft man am **Fabriklager** des Tischlermeisters **Julius Kiwy, Chausseestr. 51.** besten und billigsten im

H. Esders & Dyckhoff

Leipzigerstrasse 50a, Ecke Jerusalemstrasse, am Dönhofsplatz.

Herren- und Knaben-Bekleidung, fertig und nach Maass. Herren- und Knaben-Sport- und Mode-Artikel.

Zur Herbst- und Winter-Saison empfehlen in reichhaltiger Auswahl:

- Herren-Sacco-Anzüge 12,50, 15, 18, 22 27 bis 72 Mk.
- Herren-Rock-Anzüge 27, 32, 38 bis 75 Mk.
- Herren-Gehrock-Anzüge 32, 39, 45 bis 85 Mk.
- Herren-Lodenjoppen, ganz gefüttert, 6,50, 7,90, 9,90, 12,50, 15, 19, 25, 32 Mk.
- Herren-Fantasiewesten 2,00, 3,90, 4,90, 5,90 bis 12,50 Mk.
- Herren-Hosen in jeder Länge und Weite vorrätig, 2,90, 3,90, 4,90, 5,90, 7,90, 9,90, 12,50, 15, 17, 19 Mk.
- Herren-Winter-Paletot 12,50, 16, 21, 27, 33 bis 90 Mk.
- Herren-Havelock 12,50, 15, 18, 22, 27, 35 Mk.
- Herren-Raglan 27, 35, 42, 48 bis 78 Mk.
- Herren-Ulster (Kaisermantel) 15, 18, 23, 29, 33 bis 60 Mk.
- Herren-Pelerinen-Mantel . . 18, 25, 32, 39 bis 65 Mk.
- Herren-Hohenzollern-Mantel 35, 45, 55 Mk.
- Herren-Sport-Paletot 27, 35, 42 bis 70 Mk.

Jünglings- u. Knaben-Anzüge, Paletot, Pelerinenmäntel, Lodenjoppen etc. in enormer Auswahl zu billigsten Preisen.

Anfertigung nach Maass in 12 Stunden unter Garantie prompter Lieferung, tadelloser Ausführung und eleganten Sitzes. Große Auswahl in prima deutschen, englischen und französischen Tuchen und Buckskins.

Herren- u. Knaben-Hüte u. Mützen, Wäsche, Oberhemden, Normalhemden, Strickwesten, Unterzeuge, Stöcke, Schirme, Handschuhe, Hosenträger, Reisekoffer, Reisedecken etc.

Herren- und Damen-Schuhe und Stiefel deutschen, österreichischen und amerikanischen Fabrikats.

Sonntags geöffnet von 8—10 und von 12—2 Uhr.

Begründung des Geschäfts 1878.

M. Schulmeister
en gros Schneidermeister en detail
Dresdenerstr. 4, Hauptstraße 143, am Kottbuser Thor, Schöneberg.
Herbst- u. Winter-Paletots in Stoffen, Cheviot und Krinoline von 16,50—42 M.
Herren- und Knaben-Hohenzollern-Mäntel.
Gehrock-Anzüge von M. 27 an
Koch-Anzüge 23 .
Jackett-Anzüge 15 .
Seinkleider 5 .
Schlafrocke 8,50.
Jünglings-Anzüge von M. 12 an
Knaben-Anzüge 3 .
Winter-Joppen 5 .
Knaben-Joppen, einzelne Hosen.
Bekl. u. Bekl. f. jed. Gewerbe.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.
Streng reelle Bedienung.

Das beste tägliche Getränk.

van Houten's Cacao

ist ein ausserordentlich nahrhaftes Getränk, welches einen wohlthuenden Einfluss auf die Nerven ausübt. Unübertroffen für den täglichen Gebrauch.

In Berlin wird van Houten's Cacao tassenweise ausgeschenkt in van Houten's Cacao-Stube, Werderschestr. 7, in der Nähe von Gerson.

Eigene Konfektion.

Costümröcke
eleg. Façons.
Enorm billig
in Rommarn, Gomeppun, Tuch u. Ribeline
6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., and Seide 25 M., and Alpaca 4,50 M., 6 M., bis 30 M., and weiss und crème-Cheviot und Piqué 3, 5, 7—15 M.
praktische reinwoll. Jackettkleider
neue Modelle
elegante Façons
in Covercoat u. Gomeppun 15 M., 20 M., 25 M., in feinsten Ausführung 36 M.
Morgenröcke alle Weiten.
Blusenhemden
entsprechende Wiener Streifen 4,50 M., 6,50 M., 8 M., eleg. weisse Kleider 20 M., 25 M., 30 M.
Seidenblusen für Ball- und Gesellschaft 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Golf-Capes 5,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Jacketts
aus Stoffen, Gomeppun, moderne Façons, in tadelloser Verarbeitung, 10 M., 12 M., 15 M.
Sackpaletots
90—110 cm lang, von 12 M.
Seidenplüsch-Jacketts
Seidenplüsch-Kragen glatt, befestigt und Pelzbeleg 27 M., 30 M., bis 50 M.
Schwarze glatte und befestigte Capes und Kragen in Stoffen u. wattierte 10 M., 15 M.

200,000 M. zu gewinnen für 7 M.
auf 1 Wohlfahrts- und 1 Rotes Los
Ziehung 20. Novbr. bis 4. Decbr. u. 16. bis 20. Decbr. cr.
93,740 bare Geldgewinne im Betrage von 1,150,000 Mark.
Originallose einzeln je M. 3,30; Porto und Liste je 30 Pfg.
Moritz Fraenkel jr., Berlin W. 8, Friedrichstr. 168.
Begründet 1882.

Hüte Pelz-Waaren
nur eigenes Fabrikat.
Schirme grösstes Lager.
Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skaltzerstrasse.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.
Maass - Anfertigung.

Herm. Arnhold
Alexandrienerstrasse 110, Messplatz, 1. Etage im 2. Hof Verkauf direkt aus dem Fabrikant-lager Private auch Teilsahlungen
Roberte
Salontische . . . von 21,00 M. an
Beeleucht-Kronen . . . 30,00
Uhren 2,00
Petroleum-Lampen . . . 4,00
bis zu den elegantesten Uhren, Wanduhren, Wanduhren, Wanduhren, Wanduhren u. alle Uhren werden in best. gen. u. a. Wunsch auch anfert.

Kufekes
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder
Kindermehl

Rixdorf, Berlinerstr. 12, Neu eröffnet!
Ecke Mainzerstrasse, nahe am Hermannplatz.
Destillation und Restauration.
Vereinszimmer mit Piano u. Regellbahn, Fremden u. Bekannten Bekand (früher Tischler) Herrspracher: Amt empfohlen. Albert Lorenz, Rixdorf Nr. 218. 25919

Conrad Tack & Cie. Burg bei Magdeburg.

Deutschlands grösste und leistungsfähigste Schuhwaaren-Fabriken.
72 Filialen unter eigener Firma im Deutschen Reiche.

In Berlin:

Andreasstrasse 50
Beusselstrasse 29
Danzigerstrasse 1
(Ecke Schönhauser Allee)

Friedrichstr. 240-41
Gr. Frankfurterstr. 139
Müllerstrasse 3
vis-à-vis der
Casanstalt.

Oranienstrasse 65
Potsdamerstrasse 50
Rosenthalerstrasse 14

Spittelmarkt 15
Thurmstrasse 37
Wilsnackerstrasse 22

RIXDORF: Bergstr. 30-31. * CHARLOTTENBURG: Wilmersdorfer Strasse 122.

Weitgehendste **Garantie** für unsere **Schuhwaaren** in Bezug auf **Passform, Haltbarkeit u. Eleganz.**

Unsere Preise sind die denkbar billigsten, unsere Qualitäten die allerbesten.

Wir bieten eine **unübertroffene Auswahl** in **Warm gefütterten Stiefeln, Schuhen und Pantoffeln, Gummi-Schuhen (bestes deutsches u. echt russisches Fabrikat)** für Damen 1,95 Mark, für Herren 3,70 Mark das Paar.

Ballschuhe, hochmodern
von den einfachsten bis zu den elegantesten

Specialität:

Good year Welt Schuhe und Stiefel, das beste und haltbarste Schuhzeug der Gegenwart.

Die Preise sind in unseren Fabriken auf der Sohle eines jeden Paares aufgestempelt, eine Uebervorthellung mithin ausgeschlossen.

Mädchen-, Knaben- und Kinderschuhe in grösster Auswahl, auffallend billig.

				
Eleganter Gemisleder-Tanzschuh mit Lederfutter 2,60 Mk.	Dauerhafter Mädchen-Knopf-Stiefel Grösse 27/28 3,50 Mk.	Gediegener Leder-Mädchen-Spangenschuh Grösse 25-26 2,30 Mk.	Saffianleder-Haus-Schuh für Knaben u. Mädchen Grösse 25-27 1,30 Mk.	Haltbarer Lederschnürschuh für Knaben u. Mädchen Grösse 25/26 2,30 Mk.
Hochfeiner weisser Glacé-Tanzschuh mit Spange 3,50 Mk.	Derber Knaben-Agraffen-Stiefel Grösse 27/28 3,90 Mk.			

Wir bitten genau auf unsere Firma

Conrad Tack & Cie., Burg bei Magdeburg
zu achten.

Damen-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.



Filz-Schnür-Stiefel mit Plüschfutter und Lederbesatz haltbarer Strassenstiefel
3,75 Mk.



Leder-Zugstiefel angenehm und haltbar
3,40 Mk.



Leder-Schnür-Stiefel bequem - solide
5,50 Mk.



Leder-Knopf-Stiefel elegant - dauerhaft
5,80 Mk.

Herren-Stiefel
nur eigenes Fabrikat.



Comptoir u. Strassenschuh gepolstert, mit Filz- u. Ledersohle für empfindliche Füsse sehr zu empfehlen
3,00 Mk.



Filz-Zug-Stiefel mit Lederbesatz warmer, haltbarer Strassenstiefel
6,50 Mk.



Leder-Zug-Stiefel bequem haltbar Leder-Schnür-Stiefel dauerhaft elegant
4,50 Mk.
7,00 Mk.



Leder-Schnallen-Stiefel bequemster Stiefel der Jetztzeit
9,50 Mk.

Das Neueste u. Schönste
enthält ohne Zweifel ein von mir offer. Ältesten
Glas-Christbaumschmuck
mit 300 St. nur grösseren fein verfertigten und bemalten
Nesseln: als Kugeln, Perlen, überaus schöne Brillant-
kugeln, Glöckchen, Trompeten, Vögel, Eichhörnchen,
Elefanten, Naturtrichter, Gold- u. Silberfische, Christ-
baumspitze u. s. w. Nur Weiterempfehlung füge eine
wunderbar schön leuchtenden Engel, ferner einen von mir
offen im Verleibe patentir. Lichterhalter mit beweg-
licher Leuchtkugel bei. Preis geschätzte Mark 100.
Mit Selbstabholung bis 10 in der Höhe bis prächtige
Geschenke zu dem billigen Preis von 5.00 Mk. zu fordern.
Bei nachträg. Einlieferung 5 Stk.

Weschenfelder-Tafel, Christbaumschmuck-Fabrikant,
Lauscha, Sachs.-Meiningen.

Großes Würstchen am Busstag
im Johannisbader Volksgarten.
Johannisbad, Röniger- und Friedrichstrassen-Ecke.
Dazu ladet ein **Aug. Senfleben.** 1894b

Wurm's Magen-Doctor
ist das Beste für den Magen!



M. & W. Müller's Nordlicht
ganz alter feiner, vorzüglich à Originalflasche 1 Mk.
schmeckender Getreide-Korn
Zu haben in allen Destillations-, Delikatessen- und
Colonialwaaren-Geschäften.

M. & W. Müller, Buckowerstr. 7
(früher Waldemarstrasse 29).

Einziges Kornbranntwein-Brennerei, Spirit- und
Presshefe-Fabrik Berlin
in der täglich bis zu 240 Ctr. Getreide zu Trinkbranntwein
verarbeitet werden.
Prämirt m. goldenen Medaillen u. Auszeichnungen.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Zeitungsgeschäft veräußert Raun-
straße 58. 114

Milchgeschäfts-Einrichtungen, als
Milchmilch, Milchfässer, Milchvieh
billig bei Jordan, Kleine Markt-
straße 23. 893R

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137

Vorfährige elegante Herrenhosen
und feinen Stoffen 9-12 Mark
Verkauf Sonnabend und Sonntag
B. Neulowitz, Alexanderstraße 22,
Alexanderhof. 908R

Vorfährige elegante Anzüge und
Paletots aus feinen Stoffen ver-
kauft Sonnabend und Sonntag
B. Neulowitz, Alexanderstraße 22,
Alexanderhof. 907R

Große elegante Anzüge und Paletots
nach Maß von 25,00 an. B. Neu-
owitz, Schneidermeister, Alexander-
straße 22, Alexanderhof. 908R

Stoffe, Herrengarderobe, wegen
Anfrage billig zu verkaufen. Neander-
straße 25. 1074R

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen
enorm billig. Aufstiege, Comptoir
Kellerstraße 25A, früher Barnim-
straße 4 und 5. 1021R

Damenmäntel, Kindermäntel,
Sportbillig! Keine Ladenmiete! Strou-
bergstraße 10. 1332R

Leppiche! (Leppiche) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Leppichlager Köhler, Gutsdamerstraße 4,
Bahnhofstraße. 119/14

Stehbetten billig! Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137

Kanarienvögel veräußert Schön-
hauser Allee 143, Punkt. 136

Nähmaschinen, preiswerteste Be-
anspruchung, oberer Qualität, Marke 1,00,
Lieferung nach allen Stadtteilen so-
fort. Wandsb. Bergstraße 82, Röniger-
straße 60/61. 1121R

Sportbillig! Leppiche, Betten,
Stehbetten, Gardinen, Hüten, Winter-
paletots verkauft Leppich, Neander-
straße 6. 137/5

Beisefedern, Pfund von 45 Pf.
an, echt ägyptische Mandarinenbauern,
Pfund 1,90. Fabriklager Wandsb. Berg-
straße 37, I. 845K

Blüschlöcher, wie neu, 60,00, Ge-
warter Trimmungsplan mit Stufe 40,
Wuschspeigel 10, Kleiderbügel, Ver-
liss, alte Beisefedern mit Feder-
matratze 10,00, alte Kommode 10,
Polstermöbel, Regulator, mehrere
Sportbillig, Gartenstraße 148, vorn I
links. 1126

Leppiche mit Herrenschieber,
Hahnenfedern, Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137

Nähmaschinen und Feuer-
schere veräußert G. H. Schmidt,
Schulstraße 43, Hol Keller. 857b

Strickmaschinen, auch Teil-
zahlungen. Brederer, Engelstraße 20.

Kanarienvögel verkauft Brandt,
Goldmarkstraße 9. 1877b

Große Kanarienvögel, tiefe Stim-
mung, prachtvoller Ton, verkauft
Körpe, Schwedterstraße 24. 155

Restaurations wegen Todesfall so-
fort zu verkaufen, Waldstraße 4. 1479

Kanarienvögel, Auswahl, 5 Mark
an, Tage, Vögel, sprechende Papagei-
en, Dompfaffen, Kuckuck, Stiege-
lye, Zeigle billig. Richter, Kranien-
straße 87. 1802b

Panzerlöcher, 48 Mark, verkauft
H. Haedel, Pringelstraße 92 II.

Stehbetten werden angefertigt.
Gütel, Große Frankfurterstraße 85.

Vermischte Anzeigen.

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Ein-
gabengeld, Intercession, Andros-
straße dreizehntzig. 1831b

Unfallkassen, Klagen, Eingaben,
Reklamationen. Pöngel, Sieghers-
straße 65. 1740b

Patentanwalt Dammann, Pa-
tentplatz 57, Auskunft bis abends
7 1/2. 767R

Bauhändler! Klein Wasser-
wagen-Geschäft befindet sich jetzt: Neue
Königsstraße 8, Julius Köhler. 1851b

Kostümstücke von 5,00 an fertige
nach Maß, jede Art Damenschneideri
elegant, billig! Schneider, Kaiser
Friedrichstraße 15, Laden. 1675b

Kostümstücke von 5,00 an, fertige
nach Maß, jede Art Damen-
schneideri elegant, billig! Neander-
straße 25, parterre links. 1672b

Der Stoff hat? Fertige Winter-
paletots und Herrenanzüge mit Futter-
sachen 15 Mark. Wagner, Schneider-
meister, Frankfurterstraße 59, III. *

Der Stoff hat? Fertige elegante
Anzüge und Paletots nach Maß von
15,00 an. B. Neulowitz, Alexander-
straße 22, Alexanderhof. 908R

Hüben repariert Glade, Quibus-
straße 45. 178

Bücherkauf zu höchsten Preisen
Göhrin, Wandsb. Bergstraße 101.

Widifikation! Wer sich über diese
maßlose Grausamkeit unserer Zeit
unterrichtet will, verlange die Flug-
blätter des Weltbundes gegen Wis-
senschaft, welche ungenügend ver-
breitet werden vom Tierärztlichen Verein,
Schnitzgärtnerstraße 108. Um gütigen
Abdruck wird gebeten. 161b

Anguliabad, Rönigerstraße 60
Bäder jeder Art für sämtliche Kranken-
töten. 738R

Restaurant und Festlokal von
Julius Wernan, Schwedterstr. 23/24.
Für Herbferien halte mein Lokal
auf das beste empfohlen. Theater-
Vorstellungen, Tanzmusik, Feiern,
Ballabende, alle Art. Speisen
à la carte. Gut gepflegte Biere. *

Achtung! Empfehle meine Restau-
ration zur freundlichen Benutzung.
Bereinszimmer mit Piano noch
einige Tage in der Woche frei. Paul
Kobus, Androsstraße 33. 1919R

Saal und Vereinszimmer empfehle
Jannatich, Inselstraße 10. 1872b

2 Vereinszimmer mit Piano zu
vergeben, passend für Jubiläen,
Huldigung, Raumpflege 86. *

Rechtsbureau, Julius, Gläcker-
straße 55. 1890b

50 Pfennig! Stellungsgehe,
Dittschaffen! Überbillig! Rechts-
sachen, Unfallkassen, Intercessionen!
Dittschaffen 38. Sonntags, Wochen-
tags geöffnet. 1890b

Großer schöner Keller mit vielen
Küchlein, passend für Milch-
geschäft, Bierverlag u. zu vermieten.
Geheulstraße 45. 904R

Mietsgesuche.

Gesucht ein möbliertes Zimmer
in der Nähe des Anhalter oder eines
Stadtbahnhofs für die Zeit der Reichs-
tagssession, also vom 26. dieses Monats
ab. Offerten mit Preisangabe unter
P. 5 an die Expedition dieses Blattes.

Zimmer.

Freundliches Zimmer, leer oder
möbliert, an Herren oder Damen.
Wunsch, Rönigerstraße 60 III.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle zu ver-
mieten, Frau Jacoby, Goldber-
straße 26, vorn III.

Freundliche Schlafstelle für 1 auch
2 Herren vermietet Taylor, Wenden-
straße 2 vorn III (Göhriger Bahn-
hof). 1908b

Möblierte Schlafstelle, allein,
Ebersstraße 85, Ruhig. 1124

Möblierte Schlafstelle für 2 an-
ständige Herren, Gutsdamerstraße 35 bei
Fr. Hinz. 1331b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Minder Schuhmacher bittet um
Arbeit. Stelle werden zu den
billigsten Preisen gesucht, werden
abgeholt und ungenügend zurück-
gewiesen. Adresse: Wandsb. Berg-
straße 27, A. Müller.

Frau wünscht Aufwartende vor-
und nachmittags Antonstraße 5, Ciner-
gebäude 1 Treppe. Frau Körpel. *

Stellenangebote.

Hausmacher verlangt, Weihen-
see, König-Charité 39a. 1126

Druckpotierer oder Poliermeister
auf Goldleisten verlangt. K. West-
meier, Schindstraße 8a. 1891b

Arbeiter-Sekretär
gesucht.

Zu möglichst ungeschw. Eintritt
sucht das Arbeiter-Sekretariat
Mannheim einen Sekretär. - Be-
werber, die sich für die selbständige
Ausführung dieses Postens eignen
halten, werden ersucht, Offerte mit
Angabe von Referenzen und Gehalts-
ansprüchen an Unterszeichneten ein-
zulegen. 3788R

Mannheim, 14. 11. 1901.
J. Trautwein.
Mannheim U 5, 14 III.

Achtung!
Klavier-Arbeiter!

Der Besitz von Klavierarbeitern
aller Branchen ist wegen Gehalts-
differenzen bei der Firma G. Ren-
gauer Nachf., Dell u. Comp.,
Hindenburgstr. 32, streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Einem Teil unserer heutigen
Anlage (für den Osten Berlin)
und die dänischen Vororte liegt
ein Prospekt des Kaufmanns für
Herren- und Knaben-Garderobe
Julius Lindenbaum, Groß
Frankfurterstraße 141, bei.